

 **Bundesministerium**
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

Bericht gem. § 3 Abs. 5 COVID-19-FondsG

des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz an den zuständigen Ausschuss des Nationalrats über das Kalenderjahr 2022 (Jänner bis Dezember 2022, inkl. Darstellung der Gesamtkosten von 2020 bis Dezember 2022)

Wien, im Februar 2023

Inhalt

Inhalt	2
COVID-19-FondsG-Berichterstattung	3
1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz	4
1.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen	4
1.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege.....	7
1.3 Härtefallfonds	9
1.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB.....	9
2 UG 24 – Gesundheit	23
2.1 Testen	23
2.2 Impfen.....	27
2.3 Impfkampagne	32
2.4 Covid-19-Arzneimittel.....	35
2.5 Abwassermonitoring.....	38
2.6 Verdienstentgänge gemäß EpidemieG	40
2.7 Schutzausrüstung.....	41
2.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24	41

COVID-19-FondsG-Berichterstattung

Berichtszeitraum: Jänner bis Dezember 2022 inkl. Darstellung Gesamtkosten seit 2020

Mit dem vorliegenden Bericht wird eine gesamthafte Darstellung der budgetären Ausgaben aus dem Covid-19-Fonds im Vollzugsbereich des BMSGPK seit Beginn der Pandemie vorgelegt.

In Ergänzung zur bewährten Darstellung der Aufwendungen im Monat Dezember 2022 werden auch die in den einzelnen Detailbudgets erfolgten Zahlungen an die Länder bzw. SV-Träger dargestellt, damit ein gesamthafter Überblick vorliegt.

In Fortsetzung der Gesamberichterstattung bis 30.06.2022 wird dem Bericht auch wieder eine inhaltliche Darstellung von Ergebnissen bzw. Besonderheiten der jeweiligen Maßnahmengruppen, zu den in der jeweiligen Untergliederung erfolgten Zahlungen, vorangestellt.

1. UG 21 – Soziales und Konsumentenschutz

Im Berichtszeitraum Jänner bis Dezember 2022 wurden in der Untergliederung 21 rund 21,7 Mio € an Auszahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds getätigt. Von diesen 21,7 Mio € wurden 20 Mio. € für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds (Seite 9) und rund 1,7 Mio. € für Aufwendungen im Bereich Covid-19 Armutsbekämpfung (Seite 15) verwendet.

Im Dezember 2022 erfolgten Rückzahlungen der Länder bzw. im Förderbereich in der Höhe von rund 1,6 Mio €. Die Details können bei den einzelnen Teilbereichen entnommen werden.

In Summe wurden im Laufe der Pandemie bis zum 31.12.2022 aus der UG 21 rund **243,2 Mio. €** ausbezahlt. Die überwiegenden budgetären Aufwendungen wurden für Maßnahmen im Bereich der Bekämpfung der Armutfolgen sowie zur Flankierung von Bedarfen im Bereich der Langzeitpflege getätigt. Die auf Grundlage der einzelnen gesetzlichen Grundlagen getätigten Zahlungen sind in den bekannten Übersichten dargestellt.

1.1 Übersicht zu Maßnahmen im Kontext Armut und Freiwilligenwesen

Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 waren unmittelbare Auswirkungen für die besonders gefährdeten Gruppen nicht auszuschließen. Durch die Maßnahmen im **COVID Gesetz Armut und die Maßnahmen zum Familienhärteausgleich** soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.

Im **Jahr 2020** erfolgten Einmalzahlungen basierend auf der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von

insgesamt **13 Mio.** € zur Unterstützung von Kindern mindestsicherungsbeziehender Eltern. Damit wurde ein Beitrag des Bundes zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfehaushalten geleistet. Die Förderung wurde in Form eines Pauschalbetrags von 50 € pro Kind und Monat für zwei Monate geleistet. Das entspricht einer Zuwendung von 100 € pro Kind. Durch diese Maßnahme konnten rund 90.000 Kinder unterstützt werden. Die Mittel wurden gemäß Richtlinie auf die Länder nach ihrem jeweiligen Anteil an Kindern in der Mindestsicherung im Jahresdurchschnitt 2018 aufgeteilt, weshalb die Mittel nur zu **63,58 %** ausgeschöpft wurden.

Im **Jahr 2021** erfolgten Einmalzahlungen mit „Soforthilfewirkung“ in Höhe von insgesamt **34 Mio.** €. Die Aufteilung der Mittel für die Zuwendung erfolgte unter Zugrundelegung der zum damaligen Zeitpunkt aktuellsten verfügbaren Zahlen (Mindestsicherungsstatistik der Bundesländer 2019 für die Auszahlung der 20 Mio. € und die von den Ländern gemeldete Kinderzahl zum 31.1.2022 für die Auszahlung der weiteren 14 Mio. €). Die Gesamtmittel in Höhe von 34 Mio. € wurden somit zu **95,42 %** ausgeschöpft.

- Im 1. Halbjahr 2021 wurden damit 20 Mio. € zur Finanzierung von Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten und für Energiekostenzuschüsse an Sozialhilfe- bzw. MS-Haushalte bereitgestellt. Es wurden 100 € pro Kind und bis zu 100 € pro Haushalt als Energiekostenzuschuss zur Verfügung gestellt. Durch diese Maßnahme konnten rund 72.200 Kinder und 117.283 Haushalte unterstützt werden.
- Im 2. Halbjahr 2021 wurden die Mittel um weitere 14 Mio. € für weitere Kinderzuwendungen aufgestockt. Damit wurden nochmal bis zu 200 € pro Kind in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten zur Verfügung gestellt. Die Auszahlungen erfolgten über die Länder und werden nicht auf die Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung angerechnet. Durch diese neuerliche Maßnahme konnten rund 68.400 Kinder unterstützt werden.

Als weitere Maßnahme wurden **12 Mio.** € für Förderungen von Projekten zur Abfederung von „COVID-19 bedingten Krisenfolgen“ für besonders vulnerable Personengruppen aufgewendet.

Weitere **20 Mio.** € wurden für die Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ zur Gewährung von Förderungen für Projekte zur Milderung der sozialen Folgen der COVID-19 Pandemie aufgewendet. 2021 wurden 16 Träger in der Höhe von insgesamt rund 18 Mio. €

gefördert. 2 Mio. € werden im Jahr 2022 für Restzahlungen von diesen bestehenden Förderungen verwendet. Die Projektbereiche umfassen

- Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche
- Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie
- Unterstützung von Entschuldungsprogrammen im COVID-19 Kontext
- Bekämpfung von COVID-19 bedingter Energiearmut
- Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit.

Ein weiterer Schwerpunkt war 2021 dem Bereich des **Freiwilligenwesens** gewidmet, da durch gezielte Förderungen im Anerkennungsfonds zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt werden sollte. Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung des Anerkennungsfonds konnten Zuwendungen auch im Zusammenhang mit Elementarereignissen, Unglücksfällen außergewöhnlichen Umfangs und außerordentlichen Notständen an 29 anerkannte Träger oder Freiwilligenorganisationen gewährt werden. Die Mittel dienen als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel. Die vorhandenen Mittel wurden zur Gänze ausgeschöpft.

1.2 Übersicht zu Maßnahmen im Bereich Langzeitpflege

Die Länder haben eine erste Übersicht zu den Ausgaben erstellt, die zwischen 1. März 2020 bis 31. Dezember 2022 für Aufwendungen gemäß Zweckzuschuss getätigt wurden, der auf Basis der Vereinbarung gemäß § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz gewährt wurde. Insgesamt handelt es sich dabei um **150 Mio. €**. Die Verteilung der 150 Mio. € auf die Länder kann der Aufstellung auf Seite 21 entnommen werden. Die Verwendung der Mittel ist in der beiliegenden Tabelle 1.2.1 zusammengefasst.

Der Zweckzuschuss weist **österreichweit** einen **Ausschöpfungsgrad** von **rund 93,12 %** Stand 31.10.2022 auf. Generell festgehalten sei, dass den Meldungen der Länder reiner Informationsgehalt über die verausgabten Zweckzuschussmittel beizumessen ist. Auch haben die Länder betont, dass zahlreiche Ausgabengruppen noch nicht in den berichteten Aufwendungen enthalten sind. Der gemeldete Ausschöpfungsgrad des Zweckzuschusses entspricht somit nicht dem tatsächlich angefallenen Aufwand, der um einiges höher liegen wird. Eine Prüfung, ob die Meldungen inhaltlich den Abrechnungsmodalitäten unterliegen, ist noch in Vorbereitung.

Tabelle 1.2.1: Aufwendungen für den Zweckzuschuss § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz

Abrechnungskategorien 01.03.2020 - 31.10.2022 (Beträge in €)		ÖSTERREICH
		Ausgaben
	Gesamt	7.654.280,54
	Sachaufwand	2.102.577,76
	Personalaufwand	2.022.720,02
	Investitionen	790.037,72
Clearingstellen wie insbesondere die Ausweitung der telefonischen Beratung (inkl. Personalausbau innerhalb der Landesverwaltung hierfür)	Gesamt	711.582,56
	Sachaufwand	39.166,47
	Personalaufwand	639.111,09
	Investitionen	0,00
Bonus für 24-Stunden-Betreuungskräfte (Beginn des Turnus vor dem 30.06.2020 und Ende spätestens am 31.07.2020)	Gesamt	15.771.461,07
	Sachaufwand	9.439.606,83
	Personalaufwand	0,00
Kostensersatz für Testungen von 24-Stunden-Betreuungskräften	Gesamt	4.365.527,61
	Gesamt-Sachaufwand in- und ausländisch	983.494,07
	Gesamt-Personalaufwand in- und ausländisch	0,00
	ausländische Testungen	2.038.190,74
	Sachaufwand ausländisch	968.285,33
	Personalaufwand ausländisch	0,00
	inländische Testungen	1.145.455,80
	Sachaufwand inländisch	133.554,13
	Personalaufwand inländisch	408.866,79
Vorhaltekosten für Ersatzbetreuungseinrichtungen (inkl. Hotels und Beherbergungsbetriebe)	Gesamt	2.697.265,53
	Sachaufwand	2.580.563,75
	Personalaufwand	0,00
	Investitionen	0,00
Anschaffung der Rechtsträger für Schutzausrüstungen, Hygieneartikel (wenn iZm Ersatzbetreuungseinrichtungen, ansonsten Verweis auf COVID-19-Zweckzuschussgesetz)	Gesamt	40,60
	Sachaufwand	40,60
	Personalaufwand	0,00
Übernahme von 24-Stunden-Betreuungstätigkeiten durch Hauskrankenpflege	Gesamt	234.845,86
	Sachaufwand	234.845,86
	Personalaufwand	0,00
Personalkosten zur Vermeidung von un- und Unterversorgung im häuslichen Umfeld durch mobile Dienste	Gesamt	2.952.841,93
	Sachaufwand	
	Personalaufwand	
Abrechnung Sonderbestimmung Förderung 24-Stunden-Betreuungspersonen	Gesamt	2.614.492,30
	Rückerstattung für NÖ 2020	
	Rückerstattung für NÖ 2021	
Maßnahmen im Rahmen des Besuchsmanagements (exkl. Kosten für Testkits)	Gesamt	30.204.167,53
	Sachaufwand	3.270.160,81
	Personalaufwand	14.688.914,22
	Investitionen	548.191,67
Kosten für Hilfspersonal , das erforderlich ist, um geschultes Fachkräftepersonal zu entlasten und zu unterstützen, um Pflege- und Betreuungsleistungen qualitätsgesichert aufrecht zu erhalten	Gesamt	17.052.429,24
	Sachaufwand	1.053.143,18
	Personalaufwand	5.616.638,15
Kosten von Unterstützungsstrukturen für das Pflege- und Betreuungspersonal (z.B. Coachingmaßnahmen, Supervisionen), um einen Ausfall des Pflege- und Betreuungspersonals hintanzuhalten	Gesamt	2.812.527,60
	Sachaufwand	840.862,71
	Personalaufwand	966.255,16
Personalkosten, die im Zuge der Unterstützung des Pflege- und Betreuungspersonals in Alten- und Pflegeheimen durch mobile Hilfsdienste zur Entlastung des Pflege- und Betreuungspersonals in den Alten- und Pflegeheimen entstehen	Gesamt	3.220.514,71
	Sachaufwand	160.827,80
	Personalaufwand	2.988.867,40
Bonizahlungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal	Gesamt	47.096.027,66
	Bonizahlungen an Betreuungs- und Pflegepersonal	31.066.299,98
	Bonizahlungen an Pflegepersonal in Bereichen der Betreuung von Menschen mit Behinderung	9.998.821,46
	Bonizahlungen an Reinigungspersonal	2.886.406,22
Personal-/Verwaltungsaufwand des Landes für alle Maßnahmen	Gesamt	2.292.178,31
Alle Maßnahmen	Gesamt	139.680.183,05
Verausgabter Zweckzuschuss	01.03.2020 - 31.10.2022	139.680.183,05
Nicht verausgabter Zweckzuschuss	per 31.10.2022	10.319.816,95
Ausbezahelter Zweckzuschuss	lt. Vereinbarung Stand 06.12.2021	150.000.000,00
Zweckzuschuss-Ausschöpfungsgrad	01.03.2020 - 31.10.2022	93,12%

1.3 Härtefallfonds

An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, werden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorliegt.

Die Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 28. Juni 2022 wurde im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft erlassen. Anträge gemäß dieser Richtlinie konnten von 19. September bis 30. November 2022 eingebracht werden.

Nachdem mit BGBl. I Nr. 170/2022 das Härtefallfondsgesetz verlängert wurde, wurde mit der Richtlinie des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz zur Regelung der Auszahlungs- und Abwicklungsmodalitäten der Förderung im Rahmen des Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte vom 23. November 2022 die Antragsfrist, im Einvernehmen mit dem Vizekanzler, dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, dahingehend adaptiert, dass Anträge bis 30. April 2023 eingebracht werden können.

Die Dotierung erfolgt durch den COVID-19-Krisenbewältigungsfonds und die Abwicklung im Auftrag des BMSGPK durch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Der WKÖ werden die Kosten einer Beauftragung des Dachverbands der Sozialversicherungsträger für die technische Umsetzung der erforderlichen Schnittstelle bis zu einer maximalen Höhe von 110.000,00 € ersetzt. Der gesamte zur Verfügung stehende Betrag ist abzüglich des Kostenersatzes an die WKÖ an die Fördernehmer:innen auszuzahlen bzw. nicht verbrauchte Fördermittel sind ehestmöglich an den Bund zurückzuzahlen.

Folgende Statistik wurde von der WKÖ mit Stichtag 31.12.2022 übermittelt:

- Eingelangte Anträge: 2.225
- Positiv erledigte Anträge: 196
- Abgelehnte Anträge: 2.019
- Offene Anträge: 9
- Zurückgezogene Anträge: 1
- Durchschnittliche Förderhöhe pro Fördernehmer:in: 3.445,24 €

Bisher von der WKÖ zur Zahlung freigegebenes Fördervolumen: 675.266,08 €

1.4 Tabellarische Darstellung der Zahlungen der UG 21 pro DB

Titel	Grüner Pass, Teil UG 21 (DB 21.01.01.00)										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden für den IT-Betrieb des Grünen Passes benötigt.</p> <p>Grundlage: MRV 52/11 vom 17. März 2021</p>										
Materielle Auswirkungen	Mit dem Grünen Pass wurde ein Instrument zur Verfügung gestellt, welches einen einheitlich gestalteten Nachweis über den Impf-, Genesungs- bzw. Teststatus einzelner Personen ermöglicht.										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 981 1375 1146"> <thead> <tr> <th data-bbox="619 981 880 1034"></th> <th data-bbox="887 981 1155 1034">2020 und 2021</th> <th data-bbox="1161 981 1375 1034">2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="619 1043 880 1088">Summe</td> <td data-bbox="887 1043 1155 1088">205.614,00</td> <td data-bbox="1161 1043 1375 1088">0,00</td> </tr> <tr> <td data-bbox="619 1097 880 1142">Gesamt</td> <td colspan="2" data-bbox="887 1097 1375 1142" style="text-align: center;">205.614,00</td> </tr> </tbody> </table> <p>Die weiteren (geringfügigen) Ausgaben im Zusammenhang mit dem Grünen Pass wurden im Jahr 2022 aus dem laufendem Amtsaufwand des BMSGPK (UG 21) bedeckt.</p>			2020 und 2021	2022	Summe	205.614,00	0,00	Gesamt	205.614,00	
	2020 und 2021	2022									
Summe	205.614,00	0,00									
Gesamt	205.614,00										

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der ARR 2014 eingesetzt. Folgende Projektträger wurden mit insgesamt 11.730.126,00 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser • Pro mente Oberösterreich • Sindbad - Mentoring für Jugendliche Österreich • Theater der Unterdrückten • Verein Pat:innen für alle • Verein Kriseninterventionszentrum • AFYA – Verein zur interkulturellen Gesundheitsförderung • Gemeinsam - Verein Interkulturelle Arbeit • Bundesverband Österreichischer Psycholog:innen • Die möwe • Verein zur Förderung und Führung von Kindern-, Jugend- und Familiencamps • Verband der österreichischen Tafeln • ÖPA – Österreichische Plattform für alleinerziehende Mütter/Väter und ihre Kinder • FEM.A – Verein Feministische Alleinerzieherinnen • Verein für Männer- und Geschlechterthemen Steiermark • poika – Verein zur Förderung von gendersensibler Bubenarbeit in Erziehung und Unterricht • Die Armutskonferenz • Verein MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen • Institut für Konfliktforschung • Österreichischer Gewerkschaftsbund • Dachverband Männer-, Burschen-, und Väterarbeit Österreich (DMÖ) • Institut für Frauen- und Männergesundheit • "Wiener Frauenhäuser" - Soziale Hilfen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder • undok - Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender • ASB Schuldnerberatungen GmbH • Volkshilfe Solidarität • Verein Grow together. Für einen guten Start ins Leben • Verein zur Förderung der National Coalition – Netzwerk Kinderrechte Österreich

	<p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln und Bedarfsgütern im Kontext der COVID-19 Pandemie • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit <p>Die übrigen Mittel in Höhe von 269.874,00 € wurden für Werkverträge eingesetzt. Hierzu wird auf die Angaben zum nachfolgenden Ausgabenschwerpunkt verwiesen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutsfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>									
<p>Materielle Auswirkungen</p>	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.</p>									
<p>Finanzielle Auswirkungen</p>	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1585 1369 1753"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>11.730.126,00</td> <td>-24.424,68</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">11.705.701,32</td> </tr> </tbody> </table> <p>Bei den rund -0,024 Mio. € im Jahr 2022 handelt sich um eine Rückzahlung von nicht verwendeten Mitteln aus 2021.</p>		2020 und 2021	2022	Summe	11.730.126,00	-24.424,68	Gesamt	11.705.701,32	
	2020 und 2021	2022								
Summe	11.730.126,00	-24.424,68								
Gesamt	11.705.701,32									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Ein Teil der bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für Werkverträge eingesetzt. Damit wurden folgende Projekte finanziert:</p> <p>Volkshilfe Wien gemeinnützige Betriebs-GmbH: „Vorstudie betreffend die Durchführung von Projekten zur COVID-19- bedingten Delogierungsprävention und Wohnungssicherung“.</p> <p>Bundesanstalt Statistik Austria, SILC Express: „So geht’s uns heute.“ Pilotstudie für die unterjährige Datenerhebung zu sozialer Eingliederung, Lebensbedingungen und Wohlbefinden (nationale Kofinanzierung zu Eurostat Grant SMP-ESS-2021-ILC-SILC_IBA)</p> <p>Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) Studie Familienleistungen nach Familientypen</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig ein Anstieg der Armutsgefährdung und der Gefahr von Delogierungen und Wohnungslosigkeit.</p> <p>Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1675 1367 1843"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>269.874,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">269.874,00</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	Summe	269.874,00	0,00	Gesamt	269.874,00	
	2020 und 2021	2022								
Summe	269.874,00	0,00								
Gesamt	269.874,00									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	2.000.000,00 €
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden für Förderungen von gemeinnützigen Organisationen im Rahmen der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ eingesetzt. Folgende Projektträger wurden bisher mit insgesamt 17.991.000,00 € gefördert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Big Brothers Big Sisters Österreich • JUNO • FOOTPRINT - Betreuung, Freiraum & Integration für Betroffene von Frauenhandel & Gewalt • Caritas Österreich • Neunerhaus – Hilfe für obdachlose Menschen • BAWO – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe • RepaNet – Re-Use- und Reparaturnetzwerk • ABZ* Austria Verein zur Förderung von Arbeit, Bildung und Zukunft von Frauen • ISOP Innovative Sozialprojekte GmbH • Volkshilfe Solidarität • Fremde werden Freunde • Hilfswerk Österreich • Diakonie Eine Welt – Sozial • Die Armutskonferenz • Verband der österreichischen Tafeln • Bundesgemeinschaft Freie Wohlfahrt <p>Sämtliche Förderungen wurden zur COVID-19 bedingten Armutsbekämpfung verwendet. Die geförderten Projekte weisen folgende Schwerpunkte auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bekämpfung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID-19 Pandemie auf Kinder und Jugendliche • Medizinische und psychosoziale Basisversorgung für mehrfach vulnerable Personengruppen im Kontext der COVID-19 Pandemie • Gewaltprävention und Gewaltschutz im Kontext der COVID-19 Pandemie • Unterstützung bei COVID-19 bedingter oder drohender Wohnungslosigkeit

<p>Beschreibung der Maßnahmen</p>	<p>Gesetzliche Grundlage: Die Erstellung der Inhalte der Sonderrichtlinie „COVID-19 Armutsbekämpfung“ erfolgte auf Grundlage der zwischen dem Bundesminister für Finanzen und dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz im Oktober 2020 geschlossenen Vereinbarung im Rahmen des COVID-19-Gesetz-Armut, wonach 20 Mio. € aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds für Projektförderungen an gemeinnützige Organisationen zur Milderung der sozialen und armutsrelevanten Folgen der COVID -19 Pandemie auf armuts- und ausgrenzungsgefährdete Personen verwendet werden sollen.</p>									
<p>Materielle Auswirkungen</p>	<p>Bereits vor der Pandemie im Jahr 2019 waren laut EU-SILC 1.472.000 Menschen (16,9% der Gesamtbevölkerung) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch die Folgen von COVID-19 droht längerfristig an Anstieg der Armutsgefährdung. Die geförderten Projekte sollen daher die Unterstützung von armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gewährleisten, die von den Folgen der COVID-19 Pandemie besonders betroffen sind. Mit den o.g. Projekten soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Tragweite nach wie vor nicht vollständig abschätzbar ist.</p>									
<p>Finanzielle Auswirkungen</p>	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1167 1361 1335"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>17.991.000,00</td> <td>1.696.017,04</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">19.687.017,04</td> </tr> </tbody> </table> <p>90% der Gesamtfördersumme wurden im Budgetjahr 2021 ausbezahlt. Rund 10% Restzahlung wurden nach Ende der Laufzeit einiger Projekte im Jahr 2022 ausbezahlt.</p>		2020 und 2021	2022	Summe	17.991.000,00	1.696.017,04	Gesamt	19.687.017,04	
	2020 und 2021	2022								
Summe	17.991.000,00	1.696.017,04								
Gesamt	19.687.017,04									

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2. Halbjahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt: Zuwendungen für Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von <u>bis zu 200 €</u> pro Kind (=Weiterführung der Anfang 2021 ebenfalls aus Mitteln des COVID-19-Gesetz-Armut finanzierten Maßnahme; Stichtag 31.7.2021);</p> <p>Die Leistung gebührte zusätzlich zu regulären Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Leistungen und gelangt über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 15.7.2021 in Kraft getreten sind).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020, idF BGBl. I Nr. 58/2021</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Die finanziellen Zuwendungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungs-Haushalte für Kinder tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.</p> <p>Mit den o.g. Maßnahmen soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Ausmaß bislang noch nicht abschätzbar ist. Bis zu 73.000 Kinder sollen erreicht werden.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1697 1375 1868"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>14.000.000,00</td> <td>-425.199,14</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">13.574.800,86</td> </tr> </tbody> </table> <p>Bei den rund -0,42 Mio. € im Jahr 2022 handelt sich um eine Rückzahlung von nicht verwendeten Mitteln aus 2021.</p>		2020 und 2021	2022	Summe	14.000.000,00	-425.199,14	Gesamt	13.574.800,86	
	2020 und 2021	2022								
Summe	14.000.000,00	-425.199,14								
Gesamt	13.574.800,86									

Titel	Corona-Familienhärteausgleich, Teil UG 21									
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Finanzielle Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 50 €/Kind und Monat für 2 Monate; die Leistung gebührte zusätzlich zu „regulären“ Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungsleistungen und gelangte über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgte auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMAFJ erstellt wurden (und am 1.07.2020 in Kraft getreten waren).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 38a Abs. 11 bis 14 Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967 idF des BGBl. Nr. 28/2020 (6. COVID-19-Gesetz)</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Mit den Zuwendungen leistete der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten (Entlastung bei Ausgaben des täglichen Bedarfs).</p> <p>Die Endabrechnung ergab, das 89.681 Kinder mit diesen Mitteln unterstützt wurden.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden 13.000.00,00 € im Juli 2020 an die Bundesländer zur Auszahlung an die begünstigten Familien überwiesen. Laut Endabrechnung gaben die Länder davon 8.265.103,62 € aus.</p> <p>Die nicht verwendeten Mittel iHv 4.734.896,38 € wurden von den Ländern im Jahr 2021 zur Gänze rücküberwiesen.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1547 1369 1715"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>8.265.103,62</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">8.265.103,62</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	Summe	8.265.103,62	0,00	Gesamt	8.265.103,62	
	2020 und 2021	2022								
Summe	8.265.103,62	0,00								
Gesamt	8.265.103,62									

Titel	Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement (DB 21.01.04.00)																							
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022																							
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit dem 10. COVID-19-Gesetz und der einmaligen Aufstockung hat der bestehende Anerkennungsfonds auch Anwendung auf Maßnahmen und Aktivitäten, die von anerkannten Trägern und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG zur Bewältigung der COVID-19-Krise geleistet wurden, gefunden. Damit konnten Zuwendungen an anerkannte Träger/Freiwilligenorganisationen gemäß § 36 Abs. 1a FreiwG gewährt werden, die 2020 im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise standen und zur Sicherung des Freiwilligenengagements dienen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 36 Abs 1a Freiwillingengesetz, StF: BGBl. I Nr. BGBl. I Nr. 17/2012, BGBl I Nr. 41/2020 (10. COVID-19-Gesetz)</p>																							
Materielle Auswirkungen	<p>29 anerkannte Träger und Freiwilligenorganisationen gemäß FreiwG haben Mittel aus dem Anerkennungsfonds als Unterstützung infolge covidbedingter Ausgaben zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeiten oder zur Verhinderung der Einstellung ihrer Tätigkeiten mangels finanzieller Mittel erhalten (z. B. ASBÖ, Verein FSJ, Volontariat bewegt, Internationale Freiwilligeneinsätze, Caritas, Österr. Rote Kreuz etc.). Verteilung Bundesländer: K 2, OÖ 5, Sbg. 1, Stmk. 2, T 2, V 1, W 16)</p>																							
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden Zahlungen in Höhe von 600.000,00 € an den Anerkennungsfonds für Freiwilligenengagement geleistet:</p> <table border="1" data-bbox="619 1375 1374 1585"> <thead> <tr> <th>eingelangte Anträge</th> <th>davon bewilligt</th> <th>davon abgelehnt</th> <th>davon offen</th> <th>Auszahlungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>37</td> <td>29</td> <td>8</td> <td>0</td> <td>600.000,00 (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1720 1374 1890"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>600.000,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">600.000,00</td> </tr> </tbody> </table>					eingelangte Anträge	davon bewilligt	davon abgelehnt	davon offen	Auszahlungen	37	29	8	0	600.000,00 (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)		2020 und 2021	2022	Summe	600.000,00	0,00	Gesamt	600.000,00	
eingelangte Anträge	davon bewilligt	davon abgelehnt	davon offen	Auszahlungen																				
37	29	8	0	600.000,00 (davon 20.000,00 € 2021 vom Fonds ausbezahlt)																				
	2020 und 2021	2022																						
Summe	600.000,00	0,00																						
Gesamt	600.000,00																							

Titel	Covid-19 Gesetz Armut (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Die bereitgestellten Mittel wurden im Jahr 2021 für folgende Unterstützungen an Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalte eingesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Zuwendungen an Kinder in Sozialhilfe- bzw. Mindestsicherungshaushalten in Höhe von 100 € pro Kind (=Weiterführung der im Jahr 2020 aus Mitteln des Familienhärteausgleichs finanzierten Maßnahme); ▪ Energiekostenzuschüsse in Höhe von bis zu 100 € pro Haushalt bei vorliegendem SH- bzw. MS-Bezug. <p>Beide Leistungen gebühren zusätzlich zu regulären SH- bzw. MS-Leistungen und gelangen über die Länder automatisch zur Auszahlung; die Abwicklung erfolgt auf Basis von Richtlinien des BMSGPK, die im Einvernehmen mit dem BMF erstellt wurden (und am 20.01.2021 in Kraft getreten sind).</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz zur Bekämpfung pandemiebedingter Armutfolgen (COVID-19-Gesetz-Armut), BGBl. I Nr. 135/2020</p>									
Materielle Auswirkungen	<p>Die finanziellen Zuwendungen an SH- bzw. BMS-Haushalte für Kinder und zur Abdeckung von Energiekosten tragen zu einer Verbesserung der Einkommenssituation vulnerabler Personengruppen bei. Diese geraten durch die anhaltende COVID-19-Krisensituation zunehmend in die Situation, Kosten für die Lebenshaltung bzw. für Energie nicht mehr tragen zu können.</p> <p>Mit den o.g. Maßnahmen soll ein Beitrag zur Abfederung der sozialen Folgen der Krise geleistet werden, deren Ausmaß bislang noch nicht abschätzbar ist. Bis zu 80.000 Kinder und mehr als 100.000 Haushalte sollen erreicht werden.</p>									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1664 1375 1832"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>20.000.000,00</td> <td>-1.131.780,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">18.868.220</td> </tr> </tbody> </table> <p>Bei den rund -1,1 Mio. € im Jahr 2022 handelt sich um eine Rückzahlung von nicht verwendeten Mitteln aus 2021.</p>		2020 und 2021	2022	Summe	20.000.000,00	-1.131.780,00	Gesamt	18.868.220	
	2020 und 2021	2022								
Summe	20.000.000,00	-1.131.780,00								
Gesamt	18.868.220									

Titel	Zweckzuschuss Pflege (DB 21.02.02.00)																																		
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022																																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Im Falle einer Pandemie kann den Ländern nach Maßgabe der aus dem Krisenfonds zur Verfügung stehenden Mitteln als Beitrag für die Finanzierung von außerordentlichen Belastungen und der durch den Wegfall von Betreuungsstrukturen notwendigen Maßnahmen, insbesondere für Ersatzbetreuungseinrichtungen sowie Clearingstellen sowie außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal, ein zweckgebundener Zuschuss zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 2 Abs. 2b Pflegefondsgesetz (BGBl. I Nr. 113/2021, Bundesgesetz, mit dem das Pflegefondsgesetz und das COVID-19-Zweckzuschussgesetz geändert werden)</p>																																		
Materielle Auswirkungen	Auf Basis § 2 Abs. 2b PFG leistet der Bund den Ländern für außerordentliche Zuwendungen an Betreuungs-, Pflege- und Reinigungspersonal einen Kostenersatz in Höhe von 150 Mio. €.																																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="608 1173 1369 1792"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Kärnten</td> <td>9.494.266,30</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Vorarlberg</td> <td>6.680.859,18</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Wien</td> <td>32.121.665,93</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Burgenland</td> <td>4.970.656,15</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Niederösterreich</td> <td>28.412.821,60</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Oberösterreich</td> <td>25.107.657,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Salzburg</td> <td>9.403.114,36</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Steiermark</td> <td>21.043.439,75</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Tirol</td> <td>12.765.519,73</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2" style="text-align: right;">150.000.000,00</td> </tr> </tbody> </table>			2020 und 2021	2022	Kärnten	9.494.266,30	0,00	Vorarlberg	6.680.859,18	0,00	Wien	32.121.665,93	0,00	Burgenland	4.970.656,15	0,00	Niederösterreich	28.412.821,60	0,00	Oberösterreich	25.107.657,00	0,00	Salzburg	9.403.114,36	0,00	Steiermark	21.043.439,75	0,00	Tirol	12.765.519,73	0,00	Gesamt	150.000.000,00	
	2020 und 2021	2022																																	
Kärnten	9.494.266,30	0,00																																	
Vorarlberg	6.680.859,18	0,00																																	
Wien	32.121.665,93	0,00																																	
Burgenland	4.970.656,15	0,00																																	
Niederösterreich	28.412.821,60	0,00																																	
Oberösterreich	25.107.657,00	0,00																																	
Salzburg	9.403.114,36	0,00																																	
Steiermark	21.043.439,75	0,00																																	
Tirol	12.765.519,73	0,00																																	
Gesamt	150.000.000,00																																		

Titel	Härtefallfonds für mehrfach geringfügig Beschäftigte und fallweise Beschäftigte (DB 21.01.04.00)									
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Keine veranschlagten Mittel im BFG 2022 Mittelbedeckung durch Umschichtungen aus dem DB 24.02.03 (COVID-19-Krisenbewältigungsfonds) gewährleistet.									
Beschreibung der Maßnahmen	<p>An Personen, die vor Ausbruch der COVID-Pandemie in mehr als einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis standen (§ 471f ASVG) oder fallweise beschäftigt waren (§ 33 Abs. 3 ASVG) und mit ihrem Gesamteinkommen über die monatliche Geringfügigkeitsgrenze kamen, werden, als nachträglicher Ersatz für durch die COVID-19-Pandemie verursachte Einkommensausfälle, Förderungen aus dem Härtefallfonds ausgezahlt, sofern eine wirtschaftlich signifikante Bedrohung (Härtefall) vorliegt.</p> <p>Weitere Details können dem Punkt 1.3 Härtefallfonds (Seite 9) entnommen werden.</p>									
Materielle Auswirkungen	Mit den Zuwendungen leistet der Bund einen Beitrag zur Milderung pandemiebedingter Krisenfolgen in einkommensschwachen Haushalten.									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Im Rahmen des Härtefallfonds wird der WKÖ ein Betrag in Höhe von maximal 83 Mio. € aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds für die Gewährung von Förderungen zur Verfügung gestellt. Die erste Tranche in Höhe von 20 Mio. € wurde im September 2022 vom BMSGPK an die WKÖ ausgezahlt.</p> <p>Details zu dem ausgezahlten Fördervolumen der WKO können Sie dem Punkt 1.3 Härtefallfonds entnehmen.</p> <p>Bis zum Monatsende des Berichtszeitraums wurden folgende Zahlungen durchgeführt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1458 1230 1630"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td></td> <td>20.000.000,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">20.000.000,00</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	Summe		20.000.000,00	Gesamt	20.000.000,00	
	2020 und 2021	2022								
Summe		20.000.000,00								
Gesamt	20.000.000,00									

2 UG 24 – Gesundheit

In der UG 24 werden die Aufwendungen für Kostenersätze an die Länder und die SV-Träger für die unmittelbaren Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie abgewickelt.

Es soll ein zusammenfassender Einblick zu den Themenbereichen Testen, Impfen, Covid-19-Arzneimittel, Abwassermonitoring, Verdienstentgang und der Schutzausrüstung vorgelegt werden.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass diese Angaben vom Stand der Abrechnungen der jeweiligen Länder bzw. SV-Träger bedingt werden. Bei allen Übersichten zu Maßnahmen, die im Bereich der Abwicklung durch die Bundesländer durchgeführt werden, sind Informationen zum Stand der jeweiligen Refundierung an die Länder dargestellt. Bei den durch die SV-Träger abgewickelten Maßnahmen ist dieser Bundesländervergleich nicht möglich.

In Summe wurden im Laufe der Pandemie bis zum 31.12.2022 aus der UG 24 rund 8.655,644 Mio. € ausbezahlt.

2.1 Testen

Österreich setzte seit der Verfügbarkeit von Antigen- bzw. PCR-Testungen ab Ende des Jahres 2020 auf breit angelegte Testprogramme und niederschwellig verfügbare Testangebote. Die Abwicklung der Testungen folgt der nationalen Teststrategie unter Berücksichtigung der jeweiligen länderspezifischen Besonderheiten. Die Kostentragung für die Testungen wird im Zuständigkeitsbereich des BMSGPK einerseits gemäß

- EpidemieG und entsprechenden Erlässen an die Länder sowie
- durch Finanzierung von Testungen an Teststraßen gemäß Zweckzuschussgesetz und entsprechenden Richtlinien zur Kostentragung an die Länder und
- durch einschlägige Regelungen im ASVG und der Parallelgesetze (insbesondere Testungen an Apotheken) durchgeführt.

Für die Testungen wurden seit Beginn der Pandemie bis zum 31.12.2022 insgesamt rund 4.259 Mio. € verausgabt. Darin sind alle Ausgaben enthalten, die nach den oben angeführten Rechtsgrundlagen angefallen sind. Davon entfallen auf den Bereich

- des ASVG und der Parallelgesetze rund 1.435,3 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rund 1.222,9 Mio. €,
- des Epidemiegesetzes rund 1.328,4 Mio. €
- und auf die Beschaffung von Wohnzimmertests gemäß ErmächtigungsgG sowie die Aufwendungen für „Österreich testet“ rund 272,7 Mio. €

Testungen an Schulen und in Betrieben werden federführend durch BMBWF und BMAW finanziert und sind nicht Gegenstand dieses Berichtes.

Schul-, Apotheken- und Betriebstestungen werden größtenteils über eigene Meldeschienen erfasst und sind in den Testungszahlen der Bundesländer nicht inkludiert. Da die exakte Exklusivität der kumuliert durchgeführten Testungen nicht immer tagesaktuell garantiert werden kann, werden diese Testungen jedoch auf der Corona-Webseite gesondert ausgewiesen und nicht aufsummiert. Die Testungszahlen unterliegen einem kontinuierlichen Qualitätssicherungs- und Optimierungsprozess. Das BMSGPK ist im stetigen Austausch mit den Bundesländern, um die harmonisierte und einheitliche Meldung zu gewährleisten.

Die folgenden Übersichtstabellen 2.1.1, 2.1.2 und 2.1.3 geben Informationen zu der Anzahl der durchgeführten Tests.

Durch einen Auswertungsfehler wurde die in Tabelle 2.1.3 angeführten Testungen der AGES im Bericht bis 30.06.2022 nicht berücksichtigt. Dieser Fehler wird nunmehr mit diesem Bericht korrigiert.

Die Darstellung der durch das BMSGPK an die Länder refundierten Kosten gemäß EpidemieG und ZweckzuschussG sind in den Tabellen 2.8.1 bis 2.8.4 zusammengefasst. Die Ausgaben für Testen gemäß den Bestimmungen des ASVG und der analogen sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen sind auf den Seiten 62 bis 67 dargestellt.

Tabelle 2.1.1 Anzahl der durch die Bundesländer gemeldeten PCR und Antigen-Testungen seit Beginn der Teststrategie bis 31.12.2022

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2020	114.624	175.569	698.629	465.906	217.713	659.384	770.451	365.702	1.140.023	4.608.001
gesamt 2021	3.546.929	5.459.911	20.868.942	18.828.225	8.426.931	15.761.403	6.542.814	5.247.248	34.288.700	118.971.103
Jänner 2022	473.548	332.028	4.320.187	1.661.109	858.825	1.430.413	829.026	671.445	8.304.695	18.881.276
Feber 2022	457.465	264.575	4.699.091	1.672.313	519.106	1.424.232	684.245	363.557	6.782.892	16.867.476
März 2022	396.538	222.356	4.980.945	1.058.101	393.269	1.004.076	500.185	290.000	7.667.563	16.513.033
April 2022	144.559	80.453	2.094.486	385.700	87.871	376.423	140.145	83.179	3.523.679	6.916.495
Mai 2022	179.581	51.552	1.262.683	188.380	49.234	269.576	62.220	34.115	2.563.408	4.660.749
Juni 2022	7.306	40.223	625.434	278.408	64.696	187.950	59.345	33.955	1.565.977	2.863.294
Juli 2022	111.392	56.654	469.099	215.328	107.126	249.503	93.015	47.996	1.535.383	2.885.496
August 2022	91.319	53.768	167.621	205.962	72.220	219.510	57.553	24.449	1.179.817	2.072.219
Sepember 2022	88.671	53.667	158.353	215.792	65.103	235.485	65.796	28.855	1.266.315	2.178.037
Oktober 2022	112.286	67.319	227.493	279.557	113.967	278.138	2.348	47.207	1.381.734	2.510.049
November 2022	100.716	52.855	190.605	229.313	72.094	251.242	339.798	32.353	1.196.406	2.465.382
Dezember 2022	78.218	37.149	159.743	186.957	63.752	185.770	55.037	28.046	1.030.906	1.825.578
gesamt 2022	2.241.599	1.312.599	19.355.740	6.576.920	2.467.263	6.112.318	2.888.713	1.685.157	37.998.775	80.639.084
Gesamtergebnis 2020 bis 2022	5.903.152	6.948.079	40.923.311	25.871.051	11.111.907	22.533.105	10.201.978	7.298.107	73.427.498	204.218.188
davon PCR-Testungen	2.265.617	1.730.069	15.112.310	6.716.306	3.295.226	6.654.406	4.459.564	1.653.794	65.758.534	107.645.826
davon Antigentestungen	3.637.535	5.218.010	25.811.001	19.154.745	7.816.681	15.878.699	5.742.414	5.644.313	7.668.964	96.572.362

Tabelle 2.1.2: Anzahl Apothekentestungen 01.02.2021 bis 31.12.2022

	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
gesamt 2021	1.510.660	1.653.367	3.701.517	2.244.284	1.175.549	3.901.670	1.997.185	1.636.833	8.630.931	26.451.996
Jänner 2022	393.862	494.701	1.077.146	393.056	200.874	860.390	407.602	280.286	1.653.195	5.761.112
Feber 2022	343.795	480.740	950.121	345.632	158.291	802.194	300.621	220.162	1.484.109	5.085.665
März 2022	313.098	316.650	841.031	281.264	129.018	619.612	203.696	127.282	1.519.677	4.351.328
April 2022	89.621	83.756	212.792	89.180	47.441	181.998	7.175	13.215	292.690	1.017.868
Mai 2022	65.694	63.693	160.202	56.425	31.324	122.299	3.787	7.081	322.384	832.889
Juni 2022	60.227	40.841	137.596	43.470	24.404	103.565	3.093	4.332	264.338	681.866
Juli 2022	82.465	52.737	164.754	46.840	31.395	137.348	4.145	5.838	359.055	884.577
August 2022	63.338	53.943	143.214	48.707	26.841	117.809	4.027	4.021	290.374	752.274
September 2022	66.428	59.723	165.130	58.683	33.797	155.219	3.363	5.540	320.844	868.727
Oktober 2022	76.653	88.841	200.110	78.859	43.303	208.983	3.896	8.781	368.461	1.077.887
November 2022	66.842	61.956	172.051	55.931	32.276	149.024	2.883	6.246	350.080	897.289
Dezember 2022	52.356	43.689	152.381	42.150	23.139	112.543	1.918	5.212	317.077	750.465
gesamt 2022	1.674.379	1.841.270	4.376.528	1.540.197	782.103	3.570.984	946.206	687.996	7.542.284	22.961.947
Gesamtergebnis 2021 und 2022	3.185.039	3.494.637	8.078.045	3.784.481	1.957.652	7.472.654	2.943.391	2.324.829	16.173.215	49.413.943
davon PCR-Testungen	1.754.497	1.914.284	4.582.849	1.728.312	800.012	3.784.101	1.173.702	676.315	7.789.173	24.203.245
davon Antigentestungen	1.430.542	1.580.353	3.495.196	2.056.169	1.157.640	3.688.553	1.769.689	1.648.514	8.384.042	25.210.698

Tabelle 2.1.3: Anzahl Screeningprogramme AGES 01.11.2021 bis 31.12.2022

	Alten- und Pflegerwohnheime	mobile Pflege und Betreuung	Chancengleichheits einrichtungen	Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	Gesamtergebnis
2020	370.382	236	19	0	370.637
2021	3.157.256	269.373	534.143	59.798	4.020.570
Jänner 2022	359.953	17.097	73.716	3.764	454.530
Feber 2022	411.747	22.525	113.233	3.063	550.568
März 2022	400.346	25.266	126.196	3.139	554.947
April 2022	209.199	14.996	69.750	2.709	296.654
Mai 2022	185.082	13.306	57.793	6.199	262.380
Juni 2022	132.628	7.368	42.871	5.634	188.501
Juli 2022	154.265	8.871	48.866	5.743	217.745
August 2022	172.379	10.742	46.279	4.901	234.301
September 2022	145.812	9.601	51.884	7.040	214.337
Oktober 2022	173.322	11.792	62.197	6.448	253.759
November 2022	162.955	10.882	50.995	6.048	230.880
Dezember 2022	153.154	10.127	47.850	7.529	218.660
gesamt 2022	2.660.842	162.573	791.630	62.217	3.677.262
Gesamtergebnis 2020 bis 2022	6.188.480	432.182	1.325.792	122.015	8.068.469

2.2 Impfen

Seit Beginn der COVID-19 Impfungen wurden bis zum Stichtag 05.01.2023 gesamt 20.347.346 Impfungen verabreicht. Die jeweils tagesaktuellen Daten sind hinsichtlich Altersgruppen und der regionalen Verteilung auf dem Impfdashboard ersichtlich.

Für die Abwicklung der erfolgten Impfungen wurden bisher seit Beginn der Pandemie bis 31.12.2022 insgesamt rund **1.395 Mio. €** verausgabt.

Davon entfallen auf den Bereich

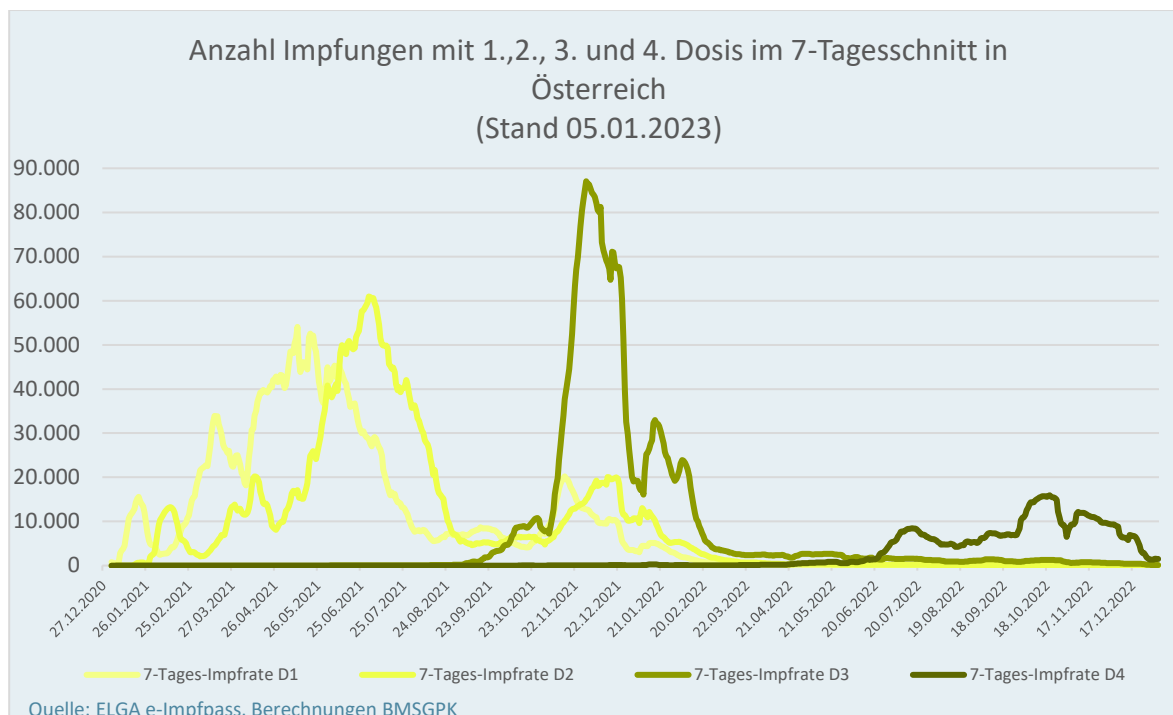
- des ASVG und der Parallelgesetze rund 137,9 Mio. €,
- des Zweckzuschusses rund 365,2 Mio. €,
- auf die Impfstoffbeschaffung rund 837,5 Mio. €,
- auf die Logistik und die Verbrauchsmaterialien rund 49,8 Mio. €
- und die Aufwendungen für den E-Impfpass und Vorbereitungen zur Durchsetzung der Impfpflicht rund 16 Mio. €.

Nach dem Start der Impfungen am 27.12.2020 waren die Impfstoffe noch einer strengen Alters- und Berufsregulierung ausgesetzt. Mit der größeren Verfügbarkeit von Dosen ab dem 2. Quartal 2021, stieg die 7-Tages-Impfrate in den folgenden Wochen stark an. Eine gewisse Wellentendenz zwischen Erst- und Zweitdosen ist insbesondere in den ersten Monaten zu beobachten, als Impfstoffe für Zweitdosen verwendet werden mussten, und die Anzahl der verimpften Erstdosen vorübergehend zurückging (siehe Abbildung 2.2.1). Mitte Mai 2021 konnte dann mit über 50.000 durchschnittlich täglich erstgeimpften Personen der Höchstwert erreicht werden.

Für die Zweitimpfungen ergab sich der Höchstwert von leicht über 60.000 Impfungen Mitte Juli 2021. Spätestens ab diesem Punkt überstieg das Angebot die Nachfrage nach Impfungen und der tägliche Umfang an Impfungen ging schnell zurück.

Anfang November 2021 stiegen die Impfungen wiederum stark an. Mit Abstand stärkster Treiber dafür waren die Drittdosen, die einen 7-Tages-Durchschnitt von nahezu 90.000 erreichten. Aber auch Erst- und Zweitimpfungen stiegen weit über das Niveau von Sommer und Herbst 2021. Bei den Viertdosen ist seit Ende des 2. Quartals 2022 ein Anstieg zu beobachten. Im 2. und 3. Quartal 2022 wiederum war das Impfgeschehen von Booster-Impfungen dominiert. Über den Jahreswechsel 2022 hat das Impfgeschehen sein Minimum erreicht.

Abbildung 2.2.1: Zeitreihe der Verabreichung der Teilimpfungen



Verfügbarkeit der Impfstoffe: Zu Beginn der Impfkampagne ab Ende 2020 war nur Impfstoff des Herstellers Biontech/Pfizer verfügbar, der sich durch hohe Zuverlässigkeit bei der Verfügbarkeit auszeichnete und der insgesamt den am meisten verabreichten Impfstoff darstellt. Der Impfstoff des Herstellers Moderna war ab Mitte Januar 2021 im Einsatz, wenngleich in geringerem Ausmaß. Seit Februar 2021 war Impfstoff des Herstellers Astra Zeneca zugelassen, es bestanden aber seit Beginn anhaltende Liefer- und Akzeptanzprobleme. Johnson & Johnson (Janssen) ist seit April 2021 in Österreich im Einsatz, auch hier waren Lieferprobleme zu verzeichnen. Dieser Impfstoff wurde zu Beginn als Einzeldosis verwendet. Mangelnde Akzeptanz, insbesondere nach Einführung einer doch notwendigen Zweitdosis führte auch hier dazu, dass sowohl der Impfstoff von Johnson & Johnson als auch jener von Astra Zeneca im Rahmen der Spendenprogramme weitergegeben werden konnte.

Das Jahr 2022 war vor allem durch eine Verbreiterung des Impfstoffportfolios geprägt. So waren nun auch proteinbasierte Impfstoffe (Novavax ab Februar 2022, Valneva ab August 2022, Sanofi ab Dezember 2022) verfügbar. Beim mRNA Impfstoff von BionTech/Pfizer war ab Dezember 2021 Kinderimpfstoff verfügbar, ab September 2022 auch ein auf die neue Variante BA.4-5 angepasster Impfstoff (siehe Tabelle 2.2.1 und 2.2.2.). Die an die Länder gemäß EpidemieG und ZweckzuschussG refundierten Kosten für die Impfungen sind den Tabellen 2.8.1 bis 2.8.4 zu entnehmen.

Tabelle 2.2.1: Liefermengen an Impfstoffen 2020-2022 (inklusive Direktspenden)

Impfstoff	2020	2021	2022											Gesamt	
	Dezember		Jänner	Feburar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November		Dezember
AstraZeneca		5.174.000	415.200	345.600	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5.934.800
BioNTec/Pfizer Klein-Kinderimpfstoff		0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	244.800	-	244.800
BioNTec/Pfizer Kinderimpfstoff		258.000	504.000	60.000	-	-	120.000	-	-	-	-	-	-	-	942.000
BioNTec/Pfizer Kinderimpfstoff BA4.5		0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	67.200	14.400	81.600
BioNTec/Pfizer	61.425	16.203.318	602.550	850.590	1.065.870	971.100	-	-	-	-	-	-	-	-	19.754.853
BioNTec/Pfizer RTU		0	195.840	391.680	878.400	1.468.800	518.400	-	-	-	-	-	-	-	3.453.120
BioNTec/Pfizer BA1		0	-	-	-	-	-	-	-	-	1.512.000	-	-	-	1.512.000
BioNTec/Pfizer BA4.5		0	-	-	-	-	-	-	-	-	1.500.480	2.995.200	2.525.760	501.120	7.522.560
Moderna		3.488.300	411.600	202.800	356.400	470.400	300.600	219.400	-	-	21.800	-	-	-	5.471.300
Moderna BA1		0	-	-	-	-	-	-	-	-	1.098.350	460.000	408.000	-	1.966.350
Moderna PFS		0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	39.200	-	-	39.200
Moderna SDV		0	-	-	-	-	-	-	-	-	39.260	-	-	-	39.260
Moderna BA4/5		0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	370.000	370.000
Johnson&Johnson		2.286.000	216.000	-	-	1.958.400	-	-	-	-	-	-	-	-	4.460.400
Novavax		0	-	1.110.000	1.506.000	-	-	536.000 ^[1]	-	-	-	-	-	20.000	2.636.000
Sanofi		0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	371.000	371.000
HIPRA		0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0
Valneva		0	-	-	-	-	-	-	-	74.400	76.800	-	-	-	151.200
Summe	61.425	27.409.618	2.345.190	2.960.670	3.806.670	4.868.700	939.000	755.400	-	74.400	4.248.690	3.494.400	3.245.760	1.276.520	55.486.443

^[1] Davon wurden 530.900 Dosen an den Hersteller retourniert

Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme: Mit Abstand die meisten gespendeten Dosen, sowohl in Umfang als auch in Anzahl der Destinationen, betreffen Astra Zeneca Impfstoffe, die aufgrund der mangelnden Verwendung in Österreich verfügbar wurden.

Die meisten weiteren Spenden erfolgten durch das COVAX Programm. Betroffen hiervon sind insbesondere zwei Johnson & Johnson (Janssen) Spenden. Durch das COVAX Programm kam es auch zu einer Biontech/Pfizer Spende. Es gab außerdem eine einzelne, vergleichsweise kleine Spende von Moderna an die OSZE. Die Details dazu sind der Tabelle 2.2.2 zu entnehmen.

Tabelle 2.2.2: Spenden im Rahmen der internationalen Solidaritätsprogramme

Astra-Zeneca	Dosen
Ukraine	250.000
Libanon	101.600
Bosnien und Herzegowina	498.800
Tunesien	50.000
Costa Rica	50.000
Iran	1.000.000
Tadschikistan	50.000
Usbekistan	150.000
Vietnam	50.000
Bangladesch	1.251.520
Ghana	345.100
Georgien	5.000
COVAX	415.200
Gesamt	4.217.220

Johnson & Johnson	Dosen
Burkina Faso	396.000
Philippinen	266.400
Afghanistan	331.200
Sudan	1.000.800
Tanzania	957.600
Niger	216.000
Gesamt	3.168.000

Moderna	Dosen
OSZE	1.200
Gesamt	1.200

Pfizer	Dosen
Brazilien	1.120.230
Pakistan	501.120
Mexiko	33.600
El Salvador	28.800
COVAX	19.200
OSZE	402
Gesamt	1.703.352

2.3 Impfkampagne

Die operative Umsetzung der Impfkampagne der Bundesregierung erfolgt aus den Mitteln des COVID 19 Fonds seit 01.01.2022 in der GECKO Geschäftsstelle im BKA. Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Fortführung dieser Informationskampagne zur Corona-Schutzimpfung „GemeinsamGeimpft“ vom 01.07.2022 bis 31.12.2022 strategisch weiterentwickelt und aus Mitteln des COVID 19-Fonds finanziert.

Die Maßnahmen umfassten eine breit angelegte Dachkampagne mit dem Ziel, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Corona-Schutzimpfung der wichtigste Hebel zur Überwindung der Pandemie ist. Die Dachkampagne wurde ergänzt durch eine „bottom-up“-Kampagne, die über relevante Multiplikatoren, wie z.B. Ärzt:innen und Apotheker:innen, eine möglichst direkte und persönliche Kommunikation mit den definierten Zielgruppen ermöglichen sollte.

Für die Kampagnenphasen Herbst und Winter 2022 wurden rund **7 Mio. €** an Mitteln des COVID 19-Fonds für eine umfassende Informationsinitiative der österreichischen Bundesregierung zur Situation rund um das Corona-Virus (COVID-19) verausgabt.

Primäres Ziel der Informationskampagne: Bewusstsein aufrechterhalten – Eigenverantwortung stärken

Alle in Österreich lebenden Menschen sollten motiviert werden, impfen zu gehen. Dazu sollte eine allgemeine Grund-Awareness in der Bevölkerung für das Thema erhalten bzw. geschaffen werden. Die Botschaft bleibt: „Impfen schützt. Impfen ist das beste Mittel, um mit dem Corona Virus langfristig zu leben und die Pandemie einzudämmen“.

Es soll das Bewusstsein und die Gesundheitskompetenz geschaffen werden, dass die Einhaltung aktueller Impfeempfehlungen vor der nächsten Infektionswelle - abhängig von der vorherrschenden Virusvariante - entscheidend ist, um die kommenden Monate ohne wesentliche Einschränkungen zu überstehen.

Sekundäres Ziel: Aktivierung von Impfbereiten durch „Bottom-up-Ansatz“

Vor allem die Gruppe, die eine grundlegende Bereitschaft hätte und bisher nicht erreicht werden konnte, soll durch den „Bottom-up-Ansatz“ und das Prinzip von „Social Proof“ von Organisationen oder Einzelnen auf die Impfung und aktuelle Impfmöglichkeiten angesprochen werden.

Zur Erfüllung der genannten Ziele wurden im Rahmen der Dachkampagne Werbemittel für eine breite Ausspielung im Bereich Print, TV und Hörfunk, Online, Out-of-Home sowie Digital Out-of-Home entwickelt.

Neben der Ausspielung der Sujets, dem TV-Spot und HF-Spot wurden diverse zielgruppenspezifische Sonderformate entwickelt, z.B. Advertorials oder Pre-Roll Host-Reads im Rahmen von Podcast-Werbung.

Für die Bottom-up Ansprache wurden zielgruppenspezifische Informationsfolder entwickelt: für Schulen, für Arztpraxen und für Apotheken. Weitere Sonderformate waren Free Cards, Bierdeckel und Verkehrsmittelwerbung.

Zusätzlich wurde die Kampagne auch über die Sozialen Medien verbreitet. Kanäle waren Facebook, Instagram, YouTube. Um auch verstärkt eine jüngere Zielgruppe anzusprechen, wurden die Kampagne auch über TikTok ausgespielt.

Als Landingpage für die Kampagne wurde die Webseite www.gemeinsamgeimpft.at weiter ausgebaut und mit zusätzlichen Features weiterentwickelt, wie zB einem Blog.

Die Kampagne wurde von der Kreativ Agentur BBDO/Rosenberg entwickelt und durch die Media-Agentur Mediacom ausgespielt.

Je nach Zielgruppe sind laufend unterschiedliche Aktivitäten in verschiedensten Medienformaten erfolgt. Im Rahmen der Kampagne wurden folgende Zielgruppen unterschieden:

Primäre Zielgruppe

Es sollen alle angesprochen werden, die mindestens eine Corona-Schutzimpfung erhalten haben und eine weitere benötigen, um dem aktuell geltenden Impfschema zu entsprechen. Besonders wichtige Zielgruppen innerhalb der Gesamtbevölkerung sind:

- Personen mit einem erhöhten Risiko für einen schweren Verlauf oder eine Erkrankung mit Todesfolge
 - Personen über 80 Jahren
 - Risikopersonen und chronisch kranke Personen jeden Alters
 - Personen über 65 Jahren
- Genesene aufgrund geänderter Empfehlung (Genesung ersetzt keine Impfung mehr)

- Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
 - Kinder im Alter von 5 bis 11 Jahren aufgrund geänderter Empfehlung
 - Schulkinder aufgrund Impfeempfehlung vor allem vor/mit Schulbeginn
 - Jugendliche und junge Erwachsenen, die durch viele Sozialkontakte ein erhöhtes Ansteckungsrisiko haben
 - Jugendliche mit niedrigem Bildungsniveau
- Familien und Elternteile/ Bezugspersonen von Kindern unter 12 Jahren
- Migrant:innen mit besonderer Berücksichtigung von Angeboten in Fremdsprachen
- Nicht Erwerbstätige

Sekundäre Zielgruppe

Multiplikator:innen, die als wahrgenommene Expert:innen, Vertrauenspersonen, Influencer, etc. wichtige Bezugspersonen für andere sind und dazu beitragen können, die Impfscheidung(en) anderer in ihrem Umfeld zu unterstützen bzw. positiv zu beeinflussen.

Zusätzliche Informationen können auf folgenden Internetseiten abgerufen werden:

www.gemeinsamgeimpft.at

<https://www.facebook.com/gemeinsamgeimpft>

https://www.instagram.com/gemeinsam_geimpft/

<https://www.youtube.com/channel/UCUUylknAR8FfbEcUo3QzG4g>

2.4 Covid-19-Arzneimittel

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz hat die Beschaffung von COVID-19-Medikamenten getätigt, um möglichst rasch große Mengen an Arzneimitteln für die Versorgung von COVID-19-Patientinnen und Patienten in Österreich bereitstellen zu können. Es wurden bereits mehrere bilaterale Verträge zwischen Unternehmen und dem Bundesministerium zum Kauf von mehreren hunderttausend Therapiezyklen abgeschlossen, die insgesamt maximal rund 487.492 Dosen an Arzneimitteln umfassen.

Die medizinischen Leistungen, die für die Verabreichung notwendig sind, werden seitens der Sozialversicherung abgegolten. Für die Patientinnen und Patienten entstehen für die Behandlung keine Kosten.

Die Behandlung folgt den einschlägigen ärztlichen Empfehlungen und ist vorrangig für Risikopatientinnen und -patienten vorgesehen. Die Behandlung muss so rasch wie möglich nach der Infektion erfolgen, um die beste Wirksamkeit gewährleisten zu können. Die Verabreichung erfolgt vor einer Behandlung im Krankenhaus, mit dem Ziel eine Hospitalisierung zu verhindern. Es ist daher besonders wichtig, die Arzneimittel zu einem Zeitpunkt einzunehmen, wenn noch keine, oder nur milde Symptome erkennbar sind, damit ein schwerer Verlauf verhindert werden kann. Sobald die Person bereits im Spital behandelt werden muss, ist die Wirksamkeit der Arzneimittel nicht mehr vollumfänglich gegeben. Im Einzelfall ist es eine ärztliche Entscheidung, ob eine Person der Risikogruppe angehört. Die Therapie mit einem COVID-19-Medikament ist insbesondere für folgende Menschen empfohlen:

- Personen im erhöhten Alter,
- Personen mit chronischen Erkrankungen (z.B. Diabetes),
- Personen mit Übergewicht und
- Personen mit Erkrankungen bzw. die Einnahme von Medikamenten, die das Immunsystem beeinflussen.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 31.12.2022 wurden vom BMSGPK für die Beschaffung von COVID-19 Arzneimittel insgesamt bisher rund **265,75 Mio. €** ausgegeben.

Eine Übersicht der verbrauchten und verfügbaren Mengen an COVID 19-Arzneimitteln ist in Tabelle 2.4.1 und 2.4.2 dargestellt.

Tabelle 2.4.1: In Österreich verbrauchte COVID-19-Arzneimittel (31.12.2022)

COVID-19 Therapeutika Verbrauch [Einheiten] Stand: 31.12.2022		Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	2022
Xevudy® (Sotrovimab, VIR-7831)	①	-1.009	-2.522	-3.054	-1.000	-102	-172	-397	-99	-249	-255	-95	-64	-9.018
Lagevrio® (Molnupiravir)	②	-231	-980	-2.317	-2.043	-612	-851	-2.586	-1.469	-2.244	-3.951	-1.972	-3.275	-22.531
Regkirona® (Regdanvimab)	③	-2	-66	-34	-6	0	-1	0	0	0	0	0	0	-109
Paxlovid® (PF-07321332 + Ritonavir)	④	0	0	-1.225	-2.616	-1.120	-1.185	-9.461	-6.343	-8.827	-16.875	-7.485	-9.857	-64.994
Evusheld® (AZD7442)	⑤	0	0	-167	-482	-188	-160	-366	-402	-433	-762	-330	-239	-3.529
Summe		-1.242	-3.568	-6.797	-6.147	-2.022	-2.369	-12.810	-8.313	-11.753	-21.843	-9.882	-13.435	-100.181
kumuliert		-1.242	-4.810	-11.607	-17.754	-19.776	-22.145	-34.955	-43.268	-55.021	-76.864	-86.746	-100.181	
Anmerkung: Eine exakte Zuordnung der Verbräuche auf die einzelnen Monate ist nicht möglich. Grund dafür: intramurale Mengen werden wöchentlich und extramurale Mengen werden monatlich von der ÖApK gemeldet.														

Tabelle 2.4.1: Bestand der in Österreich verfügbaren COVID-19-Arzneimittel (31.12.2022)

COVID-19 Arzneimittelmengen - Übersicht		Stand: bis 31.12.2022						
Produktname		Xevudy®	Lagevrio®	Regkirona®	Paxlovid® extram. Bereich bis 31.8.2022	Evusheld®	Ronapreve®	
Hersteller		GSK	MSD	Celltrion	Pfizer*	Astra Zeneca	Roche	SUMME
		<i>Intravenöse Infusion</i>	<i>oral</i>	<i>Intravenöse Infusion</i>	<i>oral</i>	<i>Intramuskuläre Injektion</i>	<i>Intravenöse Infusion</i>	
Lieferung nach Österreich	Einheiten	28.585	123.642	60.000	180.000	8.640	25	400.893
Verbrauch (verabreicht) gesamt		9.018	22.531	109	64.994	3.529	-	100.181
Restbestand in Österreich (Lieferung - Verabreichung) BMLV		19.567	101.111	59.891	115.006	5.111	25	300.712

III-889 der Beilagen XXVII. GP - Bericht - 02 Hauptdokument

2.5 Abwassermonitoring

Aufbauend auf der EU-Empfehlung 2021 hat das BMSGPK im Jänner 2022 die „Nationale Referenzzentrale für SARS-CoV-2 Abwassermonitoring“ (NRZ) etabliert (Start der Beprobung 17.01.22). Zu ihren Aufgaben zählt die Probenahme an 2 Zeitpunkten pro Woche in strategisch ausgewählten Kläranlagen in Österreich, deren Transport in die entsprechenden Laboreinrichtungen, die Organisation der Laboranalyse und die entsprechende Berichterstattung an das BMSGPK.

Die NRZ wird von der Arbeitsgemeinschaft Medizin unter der Projektleitung von Herrn Prof. Dr. Martin Steinlechner, interim. Direktor des Instituts für Gerichtliche Medizin (GMI), Medizinische Universität Innsbruck (MUI) umgesetzt. Dieses Monitoring ist derzeit auf 4 Jahre (bis Ende 2025) ausgelegt und erfasst seit 17.01.22 die 24 größten Kläranlagen Österreichs. Im Dezember 2022 wurde das Monitoringprogramm um 8 Kläranlagen erweitert und wird in KW 4/2023 vollumfänglich auf insgesamt 48 Kläranlagen ausgebaut sein, die mit ihrem Einzugsgebiet mehr als 58% der österreichischen Bevölkerung abdecken. Das Abwassermonitoring erfasst das SARS-CoV-2 Infektionsgeschehen vergleichsweise schnell und kostengünstig in den an eine Kläranlage angeschlossenen Kommunen. Erhoben werden 2x pro Woche für jede Kläranlage die Virenfrachten (quantitative Analyse), die Anteile bekannter Varianten (Genotypisierung) sowie durch Sequenzierung das Vorkommen von unbekanntem Mutationen.

Detaillierte Informationen zum Nationalen SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramm finden sich auf der Website www.abwassermonitoring.at und auf dem zugehörigen Dashboard werden die aktuellen Ergebnisse des Nationalen SARS-CoV-2 Abwassermonitoringprogramms abgebildet.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 31.12.2022 wurden vom BMSGPK für das Abwassermonitoring insgesamt bisher rund **1 Mio. €** ausgegeben.

Tabelle 2.5.1 Durchgeführte Laboranalysen unter Kostentragung des BMSGPK

Probenauswertung	Verfahren	Auswertende Institution	Anzahl Proben 1. Quartal	Anzahl Proben 2. Quartal	Anzahl Proben gesamt 2022
Quantitative Analyse	RT-qPCR	MUI-GMI	484	545	611
Genotypisierung	RT-qPCR	MUI-Virologie	472	543	625
Variantenanalyse	Ganzgenom Sequenzierung	CeMM	384	545	646

MUI – Medizinische Universität Innsbruck, GMI – Institut für Gerichtliche Medizin, CeMM – Forschungszentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Tabelle 2.5.2 Übermittelte Berichte

Titel des Berichts	Inhalt	Frequenz der Übermittlung	erhaltene Berichte bis Ende 2. Quartal 2022
Kurzbericht_BMSGPK_xx-xx-xx.pdf	Kurzbericht der Ergebnisse der quantitativen Analysen der beprobten Kläranlagen	2-3x/Woche	75
Bericht_BMSGPK_xxxx-xx-xx.pdf	Übersicht der Ergebnisse der quantitativen Analysen der beprobten Kläranlagen	1-2x/Woche	40
Variantenanalyse_BMSGPK_xxxx-xx-xx.pdf	Enthält die Ergebnisse der Variantenanalyse der in der jeweiligen Woche gezogenen Proben	1x/Woche	45
Abwasser_Varianten_Bericht_inkl. SpecialMutations_xxxx-xx-xx.pdf	Zusammenfassung der Ergebnisse der Vollgenomsequenzierungen im jeweiligen Berichtszeitraum	1x/Woche	45

2.6 Verdienstentgänge gemäß EpidemieG

Gemäß einschlägiger Bestimmungen des Epidemiegesetzes 1950 (EpiG) wurde bis 31. Juli 2022 für Personen mit positivem COVID-19-Test im Fall, dass sie an ihrer Berufstätigkeit behindert sind, an die Betriebe das Entgelt, das sie diesen Mitarbeiter:innen weiterhin ausbezahlt haben, auf Antrag durch die Bezirksverwaltungsbehörden refundiert. Nach diesem Zeitpunkt kommt ein Verdienstentgang nur mehr in Ausnahmefällen in Betracht, nämlich dann, wenn einer Person auf Grund der in der COVID-19-Verkehrsbeschränkungsverordnung (COVID-19-VbV) vorgesehenen Maßnahmen eine Behinderung des Erwerbs eingetreten und dadurch ein Vermögensnachteil entstanden ist.

Der Bund ersetzt den Ländern diese Kosten (§ 36 Abs. 1 EpiG und der dazu ergangene Erlass zur Kostentragung).

Die beiliegenden Übersichten 2.8.1 und 2.8.2 stellen die aktuelle Verteilung der Verdienstentgangszahlungen an die einzelnen Bundesländer dar, wobei festgehalten wird, dass dies noch keine Übersicht zu den gesamten Aufwendungen erlaubt, da nur jene Beträge ausgewiesen werden, die durch die Länder zur Refundierung eingereicht wurden. Dabei sind hinsichtlich der Zeitpunkte, die bereits beim BMSGPK zur Refundierung vorgelegt werden, deutliche Unterschiede zwischen den Ländern zu beobachten.

Seit Oktober 2022 verzeichnet das BMSGPK eine verstärkte Aktivität in den Ländern um die bestehenden Rückstände aus der Bearbeitung der Anträge auf Verdienstentgang abzarbeiten. So wurden von den Ländern im 2. Halbjahr 2022 Anträge in der Größenordnung von rund **573 Mio. €** abgerechnet und vom BMSGPK zur Anweisung gebracht.

Seit Beginn der Pandemie bis zum 31.12.2022 wurden vom BMSGPK für die Verdienstentgänge nach den Bestimmungen des Epidemiegesetzes insgesamt bisher **rund 1.269,8 Mio. €** ausgegeben.

2.7 Schutzausrüstung

Im Rahmen des bisherigen Verlaufes der Pandemie wurden insgesamt für Schutzausrüstung rund **586,2 Mio. €** aufgewendet, davon im Rahmen der Vollziehung des Zweckzuschussgesetzes rund 503,7 Mio. €, der Bestimmung im ASVG und der Parallellgesetze rund 59,5 Mio. € und für Beschaffungen des BMSGPK direkt für spezielle Zwecke gemäß COVID ErmächtigungsG rund 23 Mio. €. (siehe auch Tabelle 2.8.3 bis 2.8.4)

2.8 Tabellarische Darstellung der Zahlungen aus der UG 24

Titel	Kosten Epidemiegesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	200.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950 sind bestimmte klar definierte Kosten aus dem Bundesschatz zu bestreiten. Kostenersätze gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950, im Zusammenhang mit COVID-19, wurden allen Bundesländern sowie der AGES gewährt. Die Vollziehung des Epidemiegesetzes erfolgt in den Bundesländern in mittelbarer Bundesverwaltung nach Art. 102 B-VG. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 COVID-19-ScreeningV (BGBl. II Nr. 142/2022)
Materielle Auswirkungen	Kostenersätze gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz sind im Berichtszeitraum gemäß folgender littera aus dem Bundesschatz bestritten worden: <ul style="list-style-type: none"> a) die Kosten von Screeningprogrammen nach § 5a; b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen; d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17); f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohner:innen verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24); g) die Gebühren der Epidemieärzt:innen (§ 27); i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32) n) die Kosten für die Beauftragungen nach § 5 Abs. 4 und § 27a.

	<p>Kostenersätze für die Ausstellung von Zertifikaten zum Nachweis der Durchführung eines Tests auf eine Infektion, einer überstandenen Infektion und einer Schutzimpfung gem. § 4b bis § 4e Epidemiegesetz 1950</p> <p>Kostenersätze für die Durchführung des Abwassermonitorings (Maßnahme nach § 5a Epidemiegesetz)</p> <p>Anmerkung: bei jenen Ziffern die hier nicht erwähnt wurden, erfolgte im Jahr 2022 keine Kostentragung.</p>																																																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="539 728 1374 1659"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>§36(1) a Screeningprogramme</td> <td>301.169.110,59</td> <td>103.753.834,20</td> <td>404.922.944,79</td> </tr> <tr> <td>§36(1) b Untersuchungen</td> <td>296.748.220,70</td> <td>45.625.459,33</td> <td>342.373.680,03</td> </tr> <tr> <td>§36(1) d Absonderung v. Personen</td> <td>184.036,29</td> <td>323.244,46</td> <td>507.280,75</td> </tr> <tr> <td>§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen</td> <td>7.769,82</td> <td></td> <td>7.769,82</td> </tr> <tr> <td>§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen</td> <td>9.521.645,32</td> <td>5.075.088,15</td> <td>14.596.733,47</td> </tr> <tr> <td>§ 36 (1) i Verdienstentgang</td> <td>503.825.734,02</td> <td>304.323.967,03</td> <td>808.149.701,05</td> </tr> <tr> <td>§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a</td> <td>62.140.774,58</td> <td>5.064.950,74</td> <td>67.205.725,32</td> </tr> <tr> <td>Zertifikate Epidemiegesetz</td> <td>982.276,65</td> <td>73.401,42</td> <td>1.055.678,07</td> </tr> <tr> <td>Sonst. Aufwendungen AGES</td> <td>4.293.279,88</td> <td>185.807,48</td> <td>4.647.163,09</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>1.178.872.847,85</td> <td>464.425.752,81</td> <td>1.643.298.699,66</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="539 1848 1374 1993"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>§36(1) a Screeningprogramme</td> <td>214.728.357,53</td> <td>404.922.944,79</td> <td>619.651.302,32</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	gesamt	§36(1) a Screeningprogramme	301.169.110,59	103.753.834,20	404.922.944,79	§36(1) b Untersuchungen	296.748.220,70	45.625.459,33	342.373.680,03	§36(1) d Absonderung v. Personen	184.036,29	323.244,46	507.280,75	§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	7.769,82		7.769,82	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	9.521.645,32	5.075.088,15	14.596.733,47	§ 36 (1) i Verdienstentgang	503.825.734,02	304.323.967,03	808.149.701,05	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	62.140.774,58	5.064.950,74	67.205.725,32	Zertifikate Epidemiegesetz	982.276,65	73.401,42	1.055.678,07	Sonst. Aufwendungen AGES	4.293.279,88	185.807,48	4.647.163,09	Summe	1.178.872.847,85	464.425.752,81	1.643.298.699,66		2020 und 2021	2022	gesamt	§36(1) a Screeningprogramme	214.728.357,53	404.922.944,79	619.651.302,32
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																																		
§36(1) a Screeningprogramme	301.169.110,59	103.753.834,20	404.922.944,79																																																		
§36(1) b Untersuchungen	296.748.220,70	45.625.459,33	342.373.680,03																																																		
§36(1) d Absonderung v. Personen	184.036,29	323.244,46	507.280,75																																																		
§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	7.769,82		7.769,82																																																		
§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	9.521.645,32	5.075.088,15	14.596.733,47																																																		
§ 36 (1) i Verdienstentgang	503.825.734,02	304.323.967,03	808.149.701,05																																																		
§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	62.140.774,58	5.064.950,74	67.205.725,32																																																		
Zertifikate Epidemiegesetz	982.276,65	73.401,42	1.055.678,07																																																		
Sonst. Aufwendungen AGES	4.293.279,88	185.807,48	4.647.163,09																																																		
Summe	1.178.872.847,85	464.425.752,81	1.643.298.699,66																																																		
	2020 und 2021	2022	gesamt																																																		
§36(1) a Screeningprogramme	214.728.357,53	404.922.944,79	619.651.302,32																																																		

	§36(1) b Untersuchungen	351.620.957,42	342.373.680,03	693.994.637,45
	§36(1) d Absonderung v. Personen	193.705,26	507.280,75	700.986,01
	§ 36(1) f Verkehrseinschränkungen	182.011,71	7.769,82	189.781,53
	§36(1) g Gebühren f. Epidemieärzt:innen	31.378.649,71	14.596.733,47	45.975.383,18
	§ 36 (1) i Verdienstentgang	461.643.682,80	808.149.701,05	1.269.793.383,85
	§36(1) n Kosten gem. §5(4)/§27a	59.782.310,94	67.205.725,32	97.349.378,70
	Zertifikate Epidemiegesezt	3.396.652,40	1.055.678,07	4.452.330,47
	Sonst. Aufwendungen AGES	10.283.039,16	4.647.163,09	14.762.126,52
	Summe	1.133.209.366,93	1.643.298.699,6	2.776.507.967,59

Tabelle 2.8.1 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG im Jahr 2022

2022 - gesamt Epidemiegesetz															
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2022 (Beträge in €)															
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	213.075.153,11	6.082.511,50	14.050.410,74	94.107.934,42	4.197.870,00	33.638.494,50	22.246.241,82	7.095.142,00	2.160.706,70	7.065.115,10	1.002.214,90	201.150,00	0,00	0,00	404.922.944,79
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	89.320.396,39	26.380.721,81	27.926.091,67	51.479.194,89	28.152.689,50	18.343.395,13	9.085.743,63	59.076.650,39	14.082.930,97	18.525.865,65	0,00	0,00	0,00	0,00	342.373.680,03
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	323.244,46	21.450,00	5.325,00	5.768,71	0,00	0,00	130.709,33	17.837,25	2.946,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	507.280,75
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.769,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.769,82
g) die Gebühren der Epidemieärzte (§ 27);	3.391.144,54	13.854,00	193.083,34	3.182.004,60	627.753,30	3.152.721,39	2.852.950,05	666.812,50	516.409,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.596.733,47
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	38.889.762,72	85.052.384,29	223.442.920,31	166.283.745,52	7.382.346,11	78.451.681,30	22.095.477,21	152.835.114,30	33.716.269,29	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	808.149.701,05
n) §27a Beauftragungen Impfzertifikate Epidemiegesetz	11.734.836,87	1.037.349,76	15.335.900,80	24.493.139,68	1.932.039,31	5.432.828,89	1.593.435,82	0,00	2.636.886,10	3.009.308,09	0,00	0,00	0,00	0,00	67.205.725,32
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.055.678,07	0,00	0,00	0,00	0,00	1.055.678,07
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.479.087,36	0,00	0,00	0,00	0,00	4.479.087,36
Summe Zahlungen 2022	356.734.538,09	118.588.271,36	280.953.731,86	339.551.787,82	42.292.698,22	139.019.121,21	58.004.557,86	219.691.556,44	53.123.918,63	34.135.054,27	1.002.214,90	201.150,00	0,00	0,00	1.643.298.600,66

Tabelle 2.8.2 Refundierung für COVID-Kosten gemäß EpidemieG 2020-2022

Epidemiegesetz gesamt seit 2020															
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn															
(Beträge in €)															
Zahlungen gemäß §36 Abs. 1 Epidemiegesetz 1950:	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	AGES	Abwasser	UniWien	ELGA GmbH	ÖRK	Österreich
a) Screenings	279.708.823,01	6.082.511,50	29.286.393,74	165.740.724,02	9.217.038,97	34.919.174,50	27.802.770,91	23.860.845,40	5.430.779,30	35.754.505,97	1.002.214,90	845.520,10	0,00	0,00	619.651.302,32
b) die Kosten der in staatlichen Untersuchungsanstalten nach § 5 vorgenommenen Untersuchungen;	183.335.880,02	61.438.162,95	68.080.985,87	86.030.285,88	29.212.718,22	72.280.725,40	20.229.788,10	98.503.873,92	20.781.136,13	54.101.080,96	0,00	0,00	0,00	0,00	693.994.637,45
d) die Kosten der Überwachung und Absonderung ansteckungsverdächtiger Personen (§ 17);	323.244,46	44.120,00	5.751,80	8.136,71	29.398,28	1.226,40	198.851,00	84.329,28	5.928,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	700.986,01
f) die Kosten der Vorkehrungen zur Einschränkung des Verkehrs mit Bewohnern verseuchter Ortschaften und Niederlassungen (§ 24);	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	585,60	52.392,50	3.353,39	133.450,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	189.781,53
g) die Gebühren der Epidemiedärzte	4.262.406,49	265.801,50	481.624,07	16.716.681,72	1.360.190,09	8.370.544,06	8.836.285,21	4.343.806,83	1.338.043,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	45.975.383,18
i) die Vergütungen für den Verdienstentgang (§ 32);	83.177.905,90	164.512.444,75	333.747.905,73	244.678.942,47	9.773.025,50	95.467.704,32	35.991.124,64	226.269.754,45	76.174.576,09	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.269.793.383,85
n) §27a Beauftragungen	26.772.988,99	1.220.421,48	21.905.542,91	42.008.558,26	3.246.460,26	10.724.845,14	4.802.822,37	2.341.828,62	5.029.362,29	8.935.205,94	0,00	0,00	0,00	0,00	126.988.036,26
Impfzertifikate Epidemiegesetz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.602.061,87	0,00	0,00	2.850.268,60	0,00	4.452.330,47
AGES sonstiger Aufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.627.126,52	0,00	0,00	0,00	135.000,00	14.762.126,52
Summe Zahlungen bis 2022	577.581.248,87	233.563.462,18	453.508.204,12	555.183.329,06	52.838.831,32	221.764.805,42	97.914.034,73	355.407.791,89	108.893.275,14	115.019.981,26	1.002.214,90	845.520,10	2.850.268,60	135.000,00	2.776.507.967,59

Die vorliegende Aufstellung ordnet die Ausgaben des Jahres 2020 als auch des Jahres 2021 den entsprechenden Kostenkategorien des Epidemiegesetzes zu!

Titel	Umsetzung der 3G- Regelung (genesen, getestet und geimpft) durch Screening Portal „Österreich testet“, E-Impfpass und Grüner Pass (DB 24.01.01.00)																																										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	200.000.000,00 € (gesamthaft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)																																										
Beschreibung der Maßnahmen	Um allen COVID-19 Getesteten, Genesenen und Geimpften eine rasche Rückkehr in den Alltag zu ermöglichen, wurde sowohl auf EU-Ebene als auch auf nationaler Ebene ein einheitlich gestalteter Nachweis (grüner Pass) geschaffen. Ebenso ist der E-Impfpass wesentlich an der Funktionsweise des grünen Passes beteiligt. Als drittes Element in diesem Kontext ist auch der Betrieb des Screeningportals „Österreich testet“ anzuführen, um auch die getesteten Personen zu erfassen. Um eine Kompatibilität zwischen allen angeführten Systemen zu gewährleisten sowie die Ausfallsicherheit und die Anfragekapazitäten zu erhöhen, sind hier Aufwendungen in den Bereichen Entwicklung und IT Infrastruktur notwendig. Gesetzliche Grundlage: Epidemiegesetz 1950 und COVID-19-Maßnahmegesetz																																										
Materielle Auswirkungen	Betrieb des Grünen Passes zum Nachweis der Immunität gegen SARS-CoV 2 um geimpften, genesenen oder getesteten Personen wieder ein Leben ohne Freiheitsbeschränkungen zu ermöglichen																																										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1290 1369 1570"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Österreich testet</td> <td>2.133.5501,79</td> <td>2.513.661,3</td> <td>4.647.163,09</td> </tr> <tr> <td>e-Impfpass</td> <td>27.771,01</td> <td>432.260,62</td> <td>460.031,63</td> </tr> <tr> <td>Grüner Pass</td> <td>4.007.933,24</td> <td>1.377.106,57</td> <td>5.385.039,81</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>6.169.206,04</td> <td>4.323.028,49</td> <td>10.492.234,53</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1686 1369 1966"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Österreich testet</td> <td>11.290.009,17</td> <td>4.647.163,09</td> <td>15.937.172,26</td> </tr> <tr> <td>e-Impfpass</td> <td>2.109.600,00</td> <td>460.031,63</td> <td>2.569.631,63</td> </tr> <tr> <td>Grüner Pass</td> <td>6.639.625,79</td> <td>5.385.039,81</td> <td>12.024.665,60</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>20.039.234,96</td> <td>10.492.234,53</td> <td>30.531.469,49</td> </tr> </tbody> </table>				Vormonate	Dezember 2022	gesamt	Österreich testet	2.133.5501,79	2.513.661,3	4.647.163,09	e-Impfpass	27.771,01	432.260,62	460.031,63	Grüner Pass	4.007.933,24	1.377.106,57	5.385.039,81	Summe	6.169.206,04	4.323.028,49	10.492.234,53		2020 und 2021	2022	gesamt	Österreich testet	11.290.009,17	4.647.163,09	15.937.172,26	e-Impfpass	2.109.600,00	460.031,63	2.569.631,63	Grüner Pass	6.639.625,79	5.385.039,81	12.024.665,60	Summe	20.039.234,96	10.492.234,53	30.531.469,49
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																								
Österreich testet	2.133.5501,79	2.513.661,3	4.647.163,09																																								
e-Impfpass	27.771,01	432.260,62	460.031,63																																								
Grüner Pass	4.007.933,24	1.377.106,57	5.385.039,81																																								
Summe	6.169.206,04	4.323.028,49	10.492.234,53																																								
	2020 und 2021	2022	gesamt																																								
Österreich testet	11.290.009,17	4.647.163,09	15.937.172,26																																								
e-Impfpass	2.109.600,00	460.031,63	2.569.631,63																																								
Grüner Pass	6.639.625,79	5.385.039,81	12.024.665,60																																								
Summe	20.039.234,96	10.492.234,53	30.531.469,49																																								

Titel	Kosten COVID-19-Zweckzuschussgesetz (DB 24.01.01.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	<p>791.092.000,00 € veranschlagt inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022</p> <p>Von den im Dezember 2021 getätigten Vorauszahlungen für bereits vorgelegte Abrechnungen wurden im Berichtszeitraum 631.553.596,05 € abgerechnet. Die Tabelle 2.8.4 gibt Aufschluss über die bisher im Berichtszeitraum erfolgten Abrechnungen und deren Verwendung.</p>
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Für bestimmte den Ländern entstandene und klar definierte, zusätzlich aufgrund der COVID-19-Krise entstandene Aufwendungen leistet der Bund einen Zweckzuschuss.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder aufgrund der COVID-19-Krise (COVID-19-Zweckzuschussgesetz) zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 44/2022 (Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Zweckzuschussgesetz geändert wird).</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Zweckzuschüsse nach dem COVID-19-Zweckzuschussgesetz werden auf Antrag der Länder für nachfolgend genannte Kategorien gewährt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ◦ §1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung im Zeitraum März 2020 bis 31. Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten für die telefonische Gesundheitsberatung unter der Rufnummer 1450 sowie für telefonische Gesundheitsberatungen mit gleicher Ausrichtung wie die Rufnummer 1450 im Zeitraum März 2020 bis 31. Dezember 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler im Zeitraum Dezember 2020 bis 31. März 2022 ◦ §1 Abs. 1 Z. 5 – Alle im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandenen Kosten, wie Infrastrukturkosten sowie Recruiting- und Schulungskosten, im Zeitraum von März 2020 bis 31. Dezember 2022 und ◦ §1 Abs. 1 Z. 6 – für den administrativen Aufwand im Zusammenhang mit nach den Bestimmungen des § 5 und des § 5a Epidemiegesetz 1950 angeordneten und nach der Verordnung gemäß § 5a Epidemiegesetz 1950 durchzuführenden Testungen im Zeitraum von März 2020 bis 31. Dezember 2022 ◦ §1a – Bevölkerungsweite Testungen bis 31. März 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten - §1a Z 2 ◦ davon Aufwandsentschädigungen, die von den Ländern und Gemeinden an nicht hauptberuflich tätige unterstützende Personen gewährt werden - §1a Z 5

	<ul style="list-style-type: none"> ◦ §1b – Bevölkerungsweite Impfkationen bis 31. Dezember 2022 <ul style="list-style-type: none"> ◦ davon zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten- §1b Z 3 ◦ §1c – COVID-19-Tests in Apotheken, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. März 2022 ◦ §1d – Abgabe COVID-19-Selbsttests, Aufwand der Krankenfürsorgeanstalten bis 31. Dezember 2022 ◦ §1e – Mehraufwand Rettungs- und Krankentransportdienste bis 31. Dezember 2022 ◦ §1f - Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni) 																																																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="533 757 1369 1910"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung</td> <td>16.987.204,74</td> <td>13.960.959,71</td> <td>30.948.164,45</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche</td> <td>11.967.467,34</td> <td>9.318.117,12</td> <td>21.285.584,46</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler</td> <td>30.177.019,33</td> <td>11.039.434,27</td> <td>41.216.453,60</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten</td> <td>2.222.058,96</td> <td>1.486.690,93</td> <td>3.708.749,89</td> </tr> <tr> <td>§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen</td> <td>28.854.315,90</td> <td>70.729.070,76</td> <td>99.583.386,66</td> </tr> <tr> <td>§1a – Bevölkerungsweite Testungen</td> <td>306.910.125,96</td> <td>105.794.425,85</td> <td>412.704.551,81</td> </tr> <tr> <td>§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen</td> <td>123.455.893,61</td> <td>103.607.018,51</td> <td>227.062.912,12</td> </tr> <tr> <td>§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td> <td>9.145.089,80</td> <td>1.627.540,20</td> <td>10.772.630,00</td> </tr> <tr> <td>§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)</td> <td>967.701,34</td> <td>812.159,27</td> <td>1.779.860,61</td> </tr> <tr> <td>§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen</td> <td>2.137.570,67</td> <td>6.621.439,30</td> <td>8.759.009,97</td> </tr> <tr> <td>§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)</td> <td>22.593.900,00</td> <td>10.501.000,00</td> <td>33.094.900,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>555.418.347,65</td> <td>335.497.855,92</td> <td>890.916.203,57</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	gesamt	§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	16.987.204,74	13.960.959,71	30.948.164,45	§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	11.967.467,34	9.318.117,12	21.285.584,46	§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	30.177.019,33	11.039.434,27	41.216.453,60	§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	2.222.058,96	1.486.690,93	3.708.749,89	§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	28.854.315,90	70.729.070,76	99.583.386,66	§1a – Bevölkerungsweite Testungen	306.910.125,96	105.794.425,85	412.704.551,81	§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	123.455.893,61	103.607.018,51	227.062.912,12	§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	9.145.089,80	1.627.540,20	10.772.630,00	§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	967.701,34	812.159,27	1.779.860,61	§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	2.137.570,67	6.621.439,30	8.759.009,97	§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	22.593.900,00	10.501.000,00	33.094.900,00	Summe	555.418.347,65	335.497.855,92	890.916.203,57
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																																		
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	16.987.204,74	13.960.959,71	30.948.164,45																																																		
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	11.967.467,34	9.318.117,12	21.285.584,46																																																		
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	30.177.019,33	11.039.434,27	41.216.453,60																																																		
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	2.222.058,96	1.486.690,93	3.708.749,89																																																		
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	28.854.315,90	70.729.070,76	99.583.386,66																																																		
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	306.910.125,96	105.794.425,85	412.704.551,81																																																		
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	123.455.893,61	103.607.018,51	227.062.912,12																																																		
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	9.145.089,80	1.627.540,20	10.772.630,00																																																		
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	967.701,34	812.159,27	1.779.860,61																																																		
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	2.137.570,67	6.621.439,30	8.759.009,97																																																		
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	22.593.900,00	10.501.000,00	33.094.900,00																																																		
Summe	555.418.347,65	335.497.855,92	890.916.203,57																																																		

Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:			
	2020 und 2021	2022	gesamt
§1 Abs. 1 Z. 1 – Schutzausrüstung	472.721.011,02	30.948.164,45	503.669.175,47
§1 Abs. 1 Z. 2 – Personalkosten 1450 und Ähnliche	37.717.998,83	21.285.584,46	59.003.583,29
§1 Abs. 1 Z. 3 – Barackenspitäler	90.628.866,80	41.216.453,60	131.845.320,40
§1 Abs. 1 Z. 5 – Im direkten Zusammenhang mit nach Z 2 entstandene Kosten	3.711.483,33	3.708.749,89	7.420.233,22
§1 Abs. 1 Z. 6 – Administrativer Aufwand im Zusammenhang mit § 5 EpiG Testungen	141.738.604,37	99.583.386,66	241.321.991,03
§1a – Bevölkerungsweite Testungen	548.260.158,74	412.704.551,81	960.964.710,55
§1b – Bevölkerungsweite Impfkationen	138.163.394,77	227.062.912,12	365.226.306,89
§1c – COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	6.030.577,93	10.772.630,00	16.803.207,93
§1d – Abgabe COVID-19-Tests in Apotheken (KFA Versicherte)	2.068.479,21	1.779.860,61	3.848.339,82
§1e – Mehraufwand Rettungsorganisationen	15.367.194,82	8.759.009,97	24.126.204,79
§1f – Außerordentliche Zuwendungen (500 € Boni)	36.401.871,82	33.094.900,00	69.496.771,82
noch nicht gegenverrechnetes Akonto	111.446.403,95	0,00	111.446.403,95
Summe	1.604.256.045,58	890.916.203,57	2.495.172.249,15

Zusätzlich sind zu diesen Beträgen € 18.589,68 an Kosten für die externe Prüfung der Abrechnungen der Länder durch die Buchhaltungsagentur des Bundes hinzuzurechnen.

Tabelle 2.8.3: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG im Jahr 2022

2022 - gesamt Zweckzuschussgesetz										
Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer 2022										
(Beträge in €)										
Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz	Wien	Salzburg	Oberösterreich	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	19.007.206,36	1.390.254,09	0,00	1.032.602,67	0,00	7.035.237,66	0,00	1.733.383,94	749.479,73	30.948.164,45
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	17.241.937,62	348.367,57	0,00	625.225,42	0,00	883.962,78	0,00	0,00	2.186.091,07	21.285.584,46
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	41.189.477,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26.976,14	41.216.453,60
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	3.544.930,54	51.424,88	0,00	0,00	0,00	111.574,99	0,00	0,00	819,48	3.708.749,89
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	67.876.471,18	7.625.046,76	0,00	7.168.765,52	0,00	7.510.529,01	21.840,00	2.605.113,23	6.775.620,96	99.583.386,66
Testungen - gesamt	278.827.343,84	20.026.345,36	0,00	0,00	0,00	80.669.259,09	1.791.477,95	24.365.125,24	7.025.000,33	412.704.551,81
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und Aufwandsentschädigungen)	278.827.343,84	19.839.176,17	0,00	0,00	0,00	80.669.259,09	1.791.477,95	24.365.125,24	7.025.000,33	412.517.382,62
§1a Z2 bevölkerungsweite Testungen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	187.169,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	187.169,19
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Impfstellen - gesamt	154.191.162,43	5.980.206,94	37.767,50	156.295,75	0,00	58.520.068,41	0,00	4.676.442,50	3.500.968,59	227.062.912,12
davon:										
§1b > §1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	154.191.162,43	5.199.549,07	37.767,50	156.295,75	0,00	44.593.957,16	0,00	3.186.631,01	3.183.734,96	210.549.097,88
§1b > §1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	7.284,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.284,30
§1b > §1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige	0,00	773.373,57	0,00	0,00	0,00	13.926.111,25	0,00	1.489.811,49	317.233,63	16.506.529,94
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	9.946.964,80	174.350,00	0,00	0,00	0,00	587.625,00	0,00	63.690,20	0,00	10.772.630,00
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	1.622.551,34	50.670,00	0,00	0,00	0,00	71.500,00	0,00	35.139,27	0,00	1.779.860,61
§1e Mehraufwand	3.751.303,97	488.970,00	0,00	490.868,58	0,00	2.563.958,20	0,00	974.205,00	489.704,22	8.759.009,97
§ 1f Ao. Zuwendungen	17.780.400,00	4.813.500,00	0,00	0,00	0,00	10.501.000,00	0,00	0,00	0,00	33.094.900,00
Summe Zahlungen 2022	614.979.749,54	40.949.135,60	37.767,50	9.473.757,94	0,00	168.454.715,14	1.813.317,95	34.453.099,38	20.754.660,52	890.916.203,57

(Eine Tiefergliederung bei den Testungen und Impfstellen auf zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten und Aufwandsentschädigungen für Freiwillige erfolgt dann, wenn Daten von den Ländern verfügbar sind.)

Tabelle 2.8.4: Refundierung an die Länder gemäß ZweckzuschussG 2020-2022

Zweckzuschuss gesamt seit 2020

Gesamtübersicht Zahlungen COVID-Kosten alle Bundesländer seit Pandemiebeginn										
(Beträge in €)										
<i>Zahlungen gemäß Zweckzuschussgesetz</i>	Wien	Salzburg	Oberöstr.	Niederöstr.	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Österreich
§1 Abs. 1 Z1 Schutzausrüstung	186.441.538,71	13.684.969,21	100.789.230,00	57.332.957,11	7.530.126,84	56.274.150,26	16.888.641,47	54.401.899,11	10.325.662,76	503.669.175,47
§1 Abs. 1 Z2 Personalkosten 1450	40.713.788,38	2.034.585,90	633.240,28	3.816.058,78	0,00	2.932.998,23	149.042,58	3.392.245,73	5.331.623,41	59.003.583,29
§1 Abs. 1 Z3 Barackenspitäler	111.839.238,58	2.251.983,29	8.930.629,50	2.862.881,00	669.037,39	873.093,84	571.430,26	399.602,40	3.447.424,14	131.845.320,40
§1 Abs. 1 Z5 Kosten izH mit 1450	4.697.183,48	456.231,00	174.458,40	753.207,14	47.388,62	955.938,90	32.458,01	124.893,47	178.474,20	7.420.233,22
§1 Abs. 1 Z6 Administrativer Aufwand izH mit §5 EpiG Untersuchungen	145.037.744,13	19.815.738,14	4.979.908,18	25.762.486,35	3.904.518,16	14.843.218,64	4.761.191,81	3.912.067,04	18.305.118,58	241.321.991,03
Testungen - gesamt	444.416.742,23	36.662.913,26	37.536.016,55	60.744.047,01	13.581.038,70	194.966.949,24	11.111.629,39	138.699.510,26	23.245.863,91	960.964.710,55
davon:										
§1a Z1 bevölkerungsweite Testungen: Kosten (ohne Überstunden und zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	444.416.742,23	34.962.529,47	37.536.016,55	60.744.047,01	12.837.634,86	193.918.277,92	8.837.421,18	138.699.510,26	22.736.235,71	954.688.415,19
Gemeindebediensteten	0,00	880.152,39	0,00	0,00	186.758,34	1.048.671,32	1.099.731,37	0,00	237.278,15	3.452.591,57
§1a Z5 bevölkerungsweite Testungen: Aufwandsentschädigungen Freiwillige	0,00	820.231,40	0,00	0,00	556.645,50	0,00	1.174.476,84	0,00	272.350,05	2.823.703,79
Impfstellen - gesamt	199.338.402,02	8.326.189,47	1.162.106,87	1.009.492,03	5.602.941,30	108.605.881,74	12.183.791,22	14.713.480,83	14.284.021,41	365.226.306,89
davon:										
§1b >§1a Z1 Impfstellen: Kosten ohne Überstunden	199.338.402,02	7.264.760,14	1.162.106,87	1.009.492,03	5.602.941,30	86.544.663,71	1.842.569,59	12.450.078,84	8.965.353,70	324.180.368,20
§1b >§1a Z2 Impfstellen: zusätzliche Überstunden von Gemeindebediensteten	0,00	7.284,30	0,00	0,00	0,00	0,00	2.183.138,50	0,00	15.097,83	2.205.520,63
§1b >§1a Z5 Impfstellen Aufwandsentsch. Freiwillige	0,00	1.054.145,03	0,00	0,00	0,00	22.061.218,03	8.158.083,13	2.263.401,99	5.303.569,88	38.840.418,06
§1c COVID-19-Tests in Apotheken, KFA	11.753.525,00	266.775,00	2.682.976,05	0,00	0,00	1.571.935,00	0,00	527.996,88	0,00	16.803.207,93
§1d COVID-19-Selbsttest, Abgabe in Apotheken, KFA	2.226.470,01	126.100,00	1.202.820,54	0,00	0,00	257.810,00	0,00	35.139,27	0,00	3.848.339,82
§1e Mehraufwand	3.751.303,97	1.613.050,00	441.134,28	8.376.320,58	714.345,40	5.201.965,56	1.701.720,00	1.038.375,00	1.287.990,00	24.126.204,79
§ 1f Ao. Zuwendungen	17.780.400,00	4.813.500,00	13.093.700,00	10.943.500,00	0,00	10.501.000,00	4.270.024,00	5.627.147,82	2.467.500,00	69.496.771,82
offenes Akonto 2020	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Akonto	0,00	0,00	100.715.987,68	2.550.078,26	2.710.503,09	0,00	4.001.390,11	1.468.444,81	0,00	111.446.403,95
Summe Zahlungen bis 2022	1.167.996.336,50	90.052.035,27	272.342.208,33	174.151.028,26	34.759.899,50	396.984.941,41	55.671.318,85	224.340.802,62	78.873.678,41	2.495.172.249,15

Die vorliegende Aufstellung ordnet die Ausgaben des Jahres 2020 als auch des Jahres 2021 den entsprechenden Kostenkategorien des Zweckzuschussgesetzes zu!

Titel	Ankauf Selbsttests zur Abgabe in Apotheken (DB 24.01.01.00)																		
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Die Bedeckung erfolgt vorerst durch Mittel für das Epidemiegesetz bzw. COVID-19-Zweckzuschussgesetz. Ein allenfalls bestehender Mehrbedarf wird durch den COVID-19 Krisenfonds bedeckt.																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Öffentliche Apotheken sind berechtigt für die Dauer der COVID-19-Pandemie SARS-CoV-2-Antigentests abzugeben.</p> <p>Die Beschaffung der Antigentests erfolgt über den Bund (BMSGPK), die Tests werden den Apotheken zur Verfügung gestellt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742b ASVG, BGBl. I Nr. 22/2022</p>																		
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß der Neuausrichtung der Teststrategie werden seit April 2022 SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung der österreichischen Bevölkerung kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung der Tests erfolgt durch das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die BBG.</p> <p>2022 wurden insgesamt rund 45,2 Mio. Selbsttests vom BMSGPK bestellt.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie 172.067.525 Stück Selbsttests vom BMSGPK angekauft.</p>																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1249 1316 1422"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>35.231.063,555</td> <td>2.002.000,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">37.233.063,55</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1570 1316 1742"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>219.535.567,56</td> <td>37.233.063,55</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">256.768.631,11</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	Summe	35.231.063,555	2.002.000,00	Gesamt	37.233.063,55			2020 und 2021	2022	Summe	219.535.567,56	37.233.063,55	Gesamt	256.768.631,11	
	Vormonate	Dezember 2022																	
Summe	35.231.063,555	2.002.000,00																	
Gesamt	37.233.063,55																		
	2020 und 2021	2022																	
Summe	219.535.567,56	37.233.063,55																	
Gesamt	256.768.631,11																		

Titel	COVID-19-Impfpflichtgesetz (DB 24.01.01.00)																		
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Die Bedeckung erfolgt vorerst durch Mittel für das Epidemiegesetz bzw. COVID-19-Zweckzuschussgesetz. Ein allenfalls bestehender Mehrbedarf wird durch den COVID-19 Krisenfonds bedeckt.																		
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Zum Schutz der öffentlichen Gesundheit wurden Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mit dem Bundesgesetz über die Pflicht zur Impfung gegen COVID-19 (COVID-19 Impfpflichtgesetz – COVID-19-IG), BGBl. I Nr. 4/2022, verpflichtet, sich einer Schutzimpfung gegen COVID-19 zu unterziehen.</p> <p>Es wurden rund 4.8 Mio. Haushalte mit einem entsprechenden Informationsschreiben über das Inkrafttretens des Impfpflichtgesetzes in Kenntnis gesetzt.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung des Impfpflichtgesetzes wurden auch zur Vorbereitung dieser Maßnahmen IT-Dienstleistungen beauftragt. Infolge der Aufhebung des Impfpflichtgesetzes sind diese Aufwendungen von den Vertragspartnern vertragsgemäß teilweise erbracht worden. Die bis zur Aufhebung des Impfpflichtgesetzes erbrachten Leistungen sind vom BMSGPK zu finanzieren.</p> <p>Die Kosten von Epidemieärzten die in Vollziehung des § 17 Impfpflichtgesetz angefallen sind, sind vom BMSGPK den Ländern zu refundieren.</p>																		
Materielle Auswirkungen	Insgesamt wurden 4.762.918 Schreiben verschickt.																		
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1402 1270 1771"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Informationsschreiben Impfpflicht</td> <td>1.019.523,29</td> <td>389.795,67</td> </tr> <tr> <td>Ärzte Impfpflicht</td> <td>64.837,0</td> <td>43.612,50</td> </tr> <tr> <td>IT-Dienstleistungen</td> <td>914.383,27</td> <td>15.300,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>1.998.74,06</td> <td>405.095,67</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">2.403.839,73</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	Informationsschreiben Impfpflicht	1.019.523,29	389.795,67	Ärzte Impfpflicht	64.837,0	43.612,50	IT-Dienstleistungen	914.383,27	15.300,00	Summe	1.998.74,06	405.095,67	Gesamt	2.403.839,73	
	Vormonate	Dezember 2022																	
Informationsschreiben Impfpflicht	1.019.523,29	389.795,67																	
Ärzte Impfpflicht	64.837,0	43.612,50																	
IT-Dienstleistungen	914.383,27	15.300,00																	
Summe	1.998.74,06	405.095,67																	
Gesamt	2.403.839,73																		

Titel	Impfkampagne (DB 24.03.01.00)									
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	641.300.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthft veranschlagt für sämtliche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Epidemiegesetz)									
Beschreibung der Maßnahmen	Bis zum 30.06.2022 wurde die Impfkampagne des Bundes über die UG 10 finanziert und vom Bundeskanzleramt abgewickelt. Aufgrund neuer interner Vereinbarungen wird die Impfkampagne des Bundes ab 01.07.2022 vom BMSGPK betreut und finanziert.									
Materielle Auswirkungen	Details können dem Punkt 2.3 Impfkampagne entnommen werden.									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt: <table border="1" data-bbox="533 875 1136 1041"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>725.346,64</td> <td>6.322.5529,87</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">7.047.876,51</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	Summe	725.346,64	6.322.5529,87	Gesamt	7.047.876,51	
	Vormonate	Dezember 2022								
Summe	725.346,64	6.322.5529,87								
Gesamt	7.047.876,51									

Titel	Ausbau der Testkapazitäten der AGES (DB 24.01.02.00)										
Im BFG 2021 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit dem 16. Covid-19-Gesetz BGBl. Nr. 43/2020 wurde das Epidemiegesetz 1950 novelliert und Aufgaben festgelegt, die von der AGES administrativ bzw. organisatorisch im Auftrag des BMSGPK durchzuführen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vornahme PCR-Tests gem. § 5 und nach § 5 Abs. (4) Sachverständigentätigkeit bei der Clusterabklärung 2. § 27a Unterstützung der zuständigen Landesbehörden bei der Durchführung des Contact Tracing im Ausbruchfall. 3. § 5a Durchführung von Screeningprogrammen im Rahmen der Bekämpfung von COVID-19 4. § 5b Register für Screeningprogramme <p>Es erging daher seitens des BMSGPK als Eigentümer der AGES die Weisung an die Geschäftsführung der AGES für die Bereitstellung der notwendigen administrativ organisatorischen sowie personellen Strukturen in der AGES Vorsorge zu treffen. Der Eigentümer verpflichtete sich im Gegenzug die daraus erwachsenen Kosten der AGES zu ersetzen.</p> <p>Grundlage: §§ 5, 5a und 27a Epidemiegesetz 1950</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Investitionen der AGES gliederten sich in folgende Bereiche:</p> <p>COVID-19 bedingte Investitionen – offene Systeme + Probenvorbereitungssysteme (unter anderem wurden folgende Geräte in mehrfachen Ausführungen angeschafft: Automatisches Probenverteilsystem, Real-Time PCR Geräte, Zell Imaging System, Pipettenroboter, ELISA-Vollautomat): 2.365.000,00 €</p> <ul style="list-style-type: none"> • 2x PCR-Großgeräte, je eines für Wien-Währingerstraße und Graz: 504.000,00 € • Next-Generation-Sequencing-Gerät für MED Währinger Straße: 360.000,00 € • Sanierung Covid Labor Mödling Biosicherheitslevel 2: 960.000,00 € 										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1798 1374 1966"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>4.189.000,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">4.189.000,00</td> </tr> </tbody> </table>			2020 und 2021	2022	Summe	4.189.000,00	0,00	Gesamt	4.189.000,00	
	2020 und 2021	2022									
Summe	4.189.000,00	0,00									
Gesamt	4.189.000,00										

Titel	Österreichische Gesundheitskasse (DB 24.02.03.00)										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat beschlossen, der Österreichischen Gesundheitskasse aufgrund der Mehraufwendungen durch die COVID-19- Krisensituation für das Geschäftsjahr 2020 einen einmaligen Betrag iHv. 60 Mio. € zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 80a Abs. 9 ASVG, BGBl. I Nr. 16/2020 (2. COVID-19-Gesetz)</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Seitens der ÖGK wurden Mehraufwendungen in folgenden Bereichen angeführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ärztliche Hilfe und gleichgestellte Leistungen: Ausbau Visiten-dienste, Aufhebung von Limitierungen, Anstieg Psychotherapie • Heilmittel (Arzneien): Steigerung bei hochpreisigen Medika-menten, weniger Spitalsaufenthalte = verstärkte Versorgung im niedergelassenen Bereich • Beschaffung: Schutzausrüstung, erweiterte Reinigung • Eigene Einrichtungen: Teilweise Schließung, Mindereinnahmen bei Kostenbeiträgen • IT-Management: Umfangreiche Arbeiten bzgl. Homeoffice 										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="619 1223 1377 1395"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>60.0000.000,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">60.000.000,00</td> </tr> </tbody> </table>			2020 und 2021	2022	Summe	60.0000.000,00	0,00	Gesamt	60.000.000,00	
	2020 und 2021	2022									
Summe	60.0000.000,00	0,00									
Gesamt	60.000.000,00										

Titel	Freistellung und Risikoatteste gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19- Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Der Gesetzgeber hat die Möglichkeit zur Freistellung von Arbeitnehmer:innen, geringfügig Beschäftigten und Lehrlingen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit einen schweren Krankheitsverlauf zu befürchten haben, beschlossen (Risikogruppe). Per Verordnung des Gesundheitsministers war festzulegen, wer der Risikogruppe angehört. Die Definition erfolgte anhand von Krankheitsdiagnosen. Das Risikoattest, welches Grundlage einer Freistellung ist, ist von einer/m Ärzt:in auszustellen, wofür der/m ausstellenden Ärzt:in ein pauschales Honorar von 50 € gebührt (bzw. 20 € für Folgeatteste, die nach dem 30.6.2021 ausgestellt wurden). Seit 15.12.2021 können nur mehr jene Personen ein Risikoattest erhalten, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können, bzw. bei denen trotz dreifacher Impfung ein hohes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf gegeben ist. Die freigestellten „Risikopatient:innen“ erhalten von den jeweiligen Arbeitgeber:innen weiterhin ihre Bezüge, die dadurch anfallenden Personalkosten werden den Arbeitgeber:innen durch die ÖGK bzw. die BVAEB für die freigestellten Risikopersonen erstattet. Die ÖGK und die BVAEB haben Anspruch auf Ersatz der daraus resultierenden Aufwendungen aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds.</p> <p>Für die Vollziehung der Landarbeiter ist die jeweilige Landesregierung an Stelle der KV-Träger zuständig. Der Bund hat den Ländern die entstehenden Aufwendungen aus dem COVID-19 Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 735 ASVG, § 258 B-KUVG</p>

Materielle Auswirkungen	<p>Von den Trägern erstattete und bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes vom BMSGPK erstattete Freistellungsfälle:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>06/2020 – 09/2022</td> <td>52.755</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>06/2021 – 10/2022</td> <td>3.516</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td>06/2020 – 06/2021</td> <td>21</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>56.292</td> </tr> </tbody> </table> <p>Von den Trägern ausgestellte Risikoatteste und bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Kosten im Zusammenhang mit Risikoattesten:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>06/2020 – 03/2022</td> <td>77.882</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>06/2021 – 03/2022</td> <td>14.298</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>92.180</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	06/2020 – 09/2022	52.755	BVAEB	06/2021 – 10/2022	3.516	Länder	06/2020 – 06/2021	21	Gesamt		56.292	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	06/2020 – 03/2022	77.882	BVAEB	06/2021 – 03/2022	14.298	Gesamt		92.180													
	Träger	Zeitraum	Fallzahl																																						
ÖGK	06/2020 – 09/2022	52.755																																							
BVAEB	06/2021 – 10/2022	3.516																																							
Länder	06/2020 – 06/2021	21																																							
Gesamt		56.292																																							
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																							
ÖGK	06/2020 – 03/2022	77.882																																							
BVAEB	06/2021 – 03/2022	14.298																																							
Gesamt		92.180																																							
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>10.016.641,76</td> <td>5.207.500,97</td> <td>15.224.142,73</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>2.181.931,18</td> <td>276.332,22</td> <td>2.458.263,40</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td>12.404,44</td> <td>0,00</td> <td>12.404,44</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>12.210.977,38</td> <td>5.483.833,19</td> <td>17.694.810,57</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>158.160.074,59</td> <td>15.224.142,73</td> <td>173.384.217,32</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>14.466.808,30</td> <td>2.458.263,40</td> <td>16.925.071,70</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td>471.300,95</td> <td>12.404,44</td> <td>483.705,39</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>173.098.183,84</td> <td>17.694.810,57</td> <td>190.792.994,41</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	gesamt	ÖGK	10.016.641,76	5.207.500,97	15.224.142,73	BVAEB	2.181.931,18	276.332,22	2.458.263,40	Länder	12.404,44	0,00	12.404,44	Summe	12.210.977,38	5.483.833,19	17.694.810,57		2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	158.160.074,59	15.224.142,73	173.384.217,32	BVAEB	14.466.808,30	2.458.263,40	16.925.071,70	Länder	471.300,95	12.404,44	483.705,39	Summe	173.098.183,84	17.694.810,57	190.792.994,41
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																						
ÖGK	10.016.641,76	5.207.500,97	15.224.142,73																																						
BVAEB	2.181.931,18	276.332,22	2.458.263,40																																						
Länder	12.404,44	0,00	12.404,44																																						
Summe	12.210.977,38	5.483.833,19	17.694.810,57																																						
	2020 und 2021	2022	gesamt																																						
ÖGK	158.160.074,59	15.224.142,73	173.384.217,32																																						
BVAEB	14.466.808,30	2.458.263,40	16.925.071,70																																						
Länder	471.300,95	12.404,44	483.705,39																																						
Summe	173.098.183,84	17.694.810,57	190.792.994,41																																						

Titel	Tests in Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an <u>asymptomatischen Personen</u> gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742a ASVG, 380a GSVG, 374a BSVG und 261a B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken (bzw. nach entsprechenden Novellen in weiterer Folge auch Ärzt:innen mit Hausapotheken und Vertragsärzt:innen im niedergelassenen Bereich, Vertragsgruppenpraxen und Vertragsambulatorien) berechtigt, COVID-19-Test durchzuführen. Für die Durchführung eines Tests bezahlt der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar iHv. 25 €, womit auch Material, Auswertung, Dokumentation und die Ausstellung eines Ergebnismittels abgedeckt sind. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen.</p> <p>Mit 31.03.2022 sind die genannten Bestimmungen außer Kraft getreten. Die Ausgaben der Apotheken für Testungen ab dem 1.4.2022 werden im Rahmen des Epidemiegesetzes abgerechnet.</p> <p>Mit 01.09.2022 wurden die genannten Bestimmungen neu erlassen und berechtigen seither die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen, Primärversorgungseinheiten und Vertragsambulatorien zur Durchführung von COVID-19-Tests an bestimmten vulnerablen Personengruppen. Die Honorarhöhe (25 €) sowie der Kostenersatz durch den Bund sind unverändert.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742a ASVG, § 380a GSVG, § 374a BSVG und § 261a B-KUVG idf BGBl. I Nr. 177/2022</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>In Apotheken, ärztlichen Hausapotheken und im niedergelassenen Bereich an asymptomatischen Personen durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table border="1" data-bbox="533 1733 1114 1966"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>02/2021-03/2022</td> <td>36.981.886</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>02/2021-03/2022</td> <td>4.193.104</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>02/2021-03/2022</td> <td>3.248.998</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>44.423.988</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	02/2021-03/2022	36.981.886	BVAEB	02/2021-03/2022	4.193.104	SVS	02/2021-03/2022	3.248.998	Gesamt		44.423.988
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	02/2021-03/2022	36.981.886														
BVAEB	02/2021-03/2022	4.193.104														
SVS	02/2021-03/2022	3.248.998														
Gesamt		44.423.988														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:			
		Vormonate	Dezember 2022	gesamt
	ÖGK	438.639.832,25	15.615.130,25	454.254.962,50
	BVAEB	76.178.188,00	13.205,75	76.191.393,75
	SVS	52.329.312,00	0,00	52.329.312,00
	Summe	567.147.332,25	15.628.336,00	582.775.668,25
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:			
		2020 und 2021	2022	gesamt
	ÖGK	479.537.659,00	454.254.962,50	933.792.621,50
	BVAEB	29.684.457,00	76.191.393,75	105.875.850,75
SVS	29.707.887,50	52.329.312,00	82.037.199,50	
Summe	538.930.003,50	582.775.668,25	1.121.705.671,75	

Titel	Tests im niedergelassen Bereich an <u>symptomatischen Patienten</u> gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gem. §§ 742 ASVG, 380 GSVG, 374 BSVG und 261 B-KUVG sind die im niedergelassenen Bereich tätigen Vertragsärzt:innen, Vertragsgruppenpraxen sowie die selbständigen Vertragsambulatorien für Labormedizin für die Dauer der durch die WHO ausgerufenen COVID-19-Pandemie unter den in der entsprechenden Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genannten Voraussetzungen (BGBl. II Nr. 453/2020) berechtigt, COVID-19-Tests durchzuführen.</p> <p>Für das Material, die Probenentnahme, die Auswertung eines Antigentests, die dazugehörige Dokumentation sowie das therapeutische Gespräch hat der Krankenversicherungsträger ein pauschales Honorar zu bezahlen.</p> <p>Die ausbezahlten Honorare werden dem Krankenversicherungsträger durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 742 ASVG</p>															
Materielle Auswirkungen	<p>Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests:</p> <table border="1" data-bbox="576 1323 1195 1644"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2022</td> <td>2.212.662</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2022</td> <td>170.442</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>4.Qu.2020 – 1.Qu.2022</td> <td>118.302</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>2.501.406</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	2.212.662	BVAEB	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	170.442	SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	118.302	Gesamt		2.501.406
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	2.212.662														
BVAEB	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	170.442														
SVS	4.Qu.2020 – 1.Qu.2022	118.302														
Gesamt		2.501.406														

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:			
		Vormonate	Dezember 2022	gesamt
	ÖGK	33.098.860,00	13.177.250,76	46.276.110,76
	BVAEB	1.686.300,00	0	1.686.300,00
	SVS	3.711.500,00	0	3.711.500,00
	Summe	38.496.660,00	13.177.250,76	51.673.910,76
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:			
		2020 und 2021	2022	gesamt
	ÖGK	38.864.550,00	46.276.110,76	85.140.660,76
	BVAEB	3.975.370,00	3.711.500,00	7.686.870,00
SVS	3.895.840,00	1.686.300,00	5.582.140,00	
Summe	46.735.760,00	51.673.910,76	98.409.670,76	

Titel	Abgabe von Tests zur Eigenanwendung gem. ASVG und Parallelgesetzen (DB 24.02.03.00)																								
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																								
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG sind die öffentlichen Apotheken berechtigt, auf Rechnung des Krankenversicherungsträgers SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung an bezugsberechtigte Personen abzugeben. Der Krankenversicherungsträger hat pro abgegebener Packung (beinhaltet jeweils 5 Tests, ab Juni 2021 jeweils 10 Tests, Beschaffung durch den Bund, Bedeckung durch DB 24.01.01) ein pauschales Honorar iHv. 10 € zu bezahlen. Der Bund hat dem Krankenversicherungsträger die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Die Berichterstattung bezieht sich auf den Zeitraum von Einführung der Maßnahme im März 2021 bis Oktober 2021 (Auslaufen der Maßnahme), sowie auf den Zeitraum ab April 2022. (Wiedereinführung der Maßnahme)</p> <p>Diese Regelung trat mit 9.4.2022 erneut in Kraft. Die unten angeführten Fallzahlen betreffen den Abrechnungszeitraum bis Oktober 2021 und ab Wiedereinführung der Maßnahme ab April 2022.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: §§ 742b ASVG, 380b GSVG, 374b BSVG und 261b B-KUVG</p>																								
Materielle Auswirkungen	<p>Von Apotheken abgegebene und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Tests zur Eigenanwendung:</p> <table border="1" data-bbox="544 1357 1137 1653"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td>03/2021 - 10/2021</td> <td>12.716.388</td> </tr> <tr> <td>ÖGK</td> <td>04/2022 - 08/2022</td> <td>4.501.681</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>03/2021 - 10/2021</td> <td>1.603.217</td> </tr> <tr> <td></td> <td>04/2022 - 08/2022</td> <td>660.743</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>03/2021 - 10/2021</td> <td>1.360.013</td> </tr> <tr> <td></td> <td>04/2022 - 08/2022</td> <td>464.475</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Gesamt</td> <td>21.308.939</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl		03/2021 - 10/2021	12.716.388	ÖGK	04/2022 - 08/2022	4.501.681	BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217		04/2022 - 08/2022	660.743	SVS	03/2021 - 10/2021	1.360.013		04/2022 - 08/2022	464.475	Gesamt		21.308.939
Träger	Zeitraum	Fallzahl																							
	03/2021 - 10/2021	12.716.388																							
ÖGK	04/2022 - 08/2022	4.501.681																							
BVAEB	03/2021 - 10/2021	1.603.217																							
	04/2022 - 08/2022	660.743																							
SVS	03/2021 - 10/2021	1.360.013																							
	04/2022 - 08/2022	464.475																							
Gesamt		21.308.939																							

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:			
		Vormonate	Dezember 2022	gesamt
	ÖGK	12.941.261,30	45.466.978,10	58.408.239,40
	BVAEB	8.545.155,50	1.249.410,40	9.794.565,90
	SVS	5.601.702,40	1.847.492,00	7.449.194,40
	Summe	27.088.119,20	48.563.880,50	75.651.999,70
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:			
		2020 und 2021	2022	gesamt
	ÖGK	115.505.569,50	58.408.239,40	173.913.808,90
	BVAEB	11.002.596,60	7.449.194,40	18.457.791,00
	SVS	13.071.430,10	9.794.565,90	22.865.996,00
	Summe	139.579.596,20	75.651.999,70	215.231.595,90

Titel	Covid-19-Impfungen im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																																										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																																										
Beschreibung der Maßnahmen	Die im niedergelassenen Bereich tätigen Ärzt:innen, Gruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten sowie die selbständigen Ambulatorien sind berechtigt, Impfungen gegen SARS-CoV-2 mit dem vom Bund zur Verfügung gestellten und finanzierten Impfstoff auf Rechnung der Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB) durchzuführen. Das durch Verordnung des BMSGPK festgelegte pauschalierte Honorar für die Durchführung der Impfung sowie für die jeweilige Dokumentation ist von dem jeweils zuständigen Krankenversicherungsträger zu bezahlen und durch den Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 747 ASVG, § 384 GSVG, § 378 BSVG und § 263B-KUVG																																										
Materielle Auswirkungen	Im niedergelassenen Bereich durchgeführte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Impfungen:																																										
	<table border="1" data-bbox="580 999 1212 1270"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>1.Qu.2021 – 1.Qu.2022</td> <td>4.230.010</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>1.Qu.2021 – 2.Qu.2022</td> <td>694.439</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>1.Qu.2021 – 2.Qu.2022</td> <td>639.284</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Gesamt</td> <td>5.563.733</td> </tr> </tbody> </table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2022	4.230.010	BVAEB	1.Qu.2021 – 2.Qu.2022	694.439	SVS	1.Qu.2021 – 2.Qu.2022	639.284	Gesamt		5.563.733																									
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																									
ÖGK	1.Qu.2021 – 1.Qu.2022	4.230.010																																									
BVAEB	1.Qu.2021 – 2.Qu.2022	694.439																																									
SVS	1.Qu.2021 – 2.Qu.2022	639.284																																									
Gesamt		5.563.733																																									
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="580 1364 1382 1648"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>44.824.585,00</td> <td>8.724.245,00</td> <td>53.548.830,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>8.249.235,00</td> <td>0,00</td> <td>8.249.235,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>7.054.620,00</td> <td>255.440,00</td> <td>7.310.060,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>60.128.440,00</td> <td>8.979.685,00</td> <td>69.108.125,00</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="580 1722 1394 2002"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>38.423.495,00</td> <td>53.548.830,00</td> <td>91.972.325,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>6.767.910,00</td> <td>8.249.235,00</td> <td>15.017.145,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>6.565.130,00</td> <td>7.310.060,00</td> <td>13.875.190,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>51.756.535,00</td> <td>69.108.125,00</td> <td>120.864.660,00</td> </tr> </tbody> </table>				Vormonate	Dezember 2022	gesamt	ÖGK	44.824.585,00	8.724.245,00	53.548.830,00	BVAEB	8.249.235,00	0,00	8.249.235,00	SVS	7.054.620,00	255.440,00	7.310.060,00	Summe	60.128.440,00	8.979.685,00	69.108.125,00		2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	38.423.495,00	53.548.830,00	91.972.325,00	BVAEB	6.767.910,00	8.249.235,00	15.017.145,00	SVS	6.565.130,00	7.310.060,00	13.875.190,00	Summe	51.756.535,00	69.108.125,00	120.864.660,00
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																								
ÖGK	44.824.585,00	8.724.245,00	53.548.830,00																																								
BVAEB	8.249.235,00	0,00	8.249.235,00																																								
SVS	7.054.620,00	255.440,00	7.310.060,00																																								
Summe	60.128.440,00	8.979.685,00	69.108.125,00																																								
	2020 und 2021	2022	gesamt																																								
ÖGK	38.423.495,00	53.548.830,00	91.972.325,00																																								
BVAEB	6.767.910,00	8.249.235,00	15.017.145,00																																								
SVS	6.565.130,00	7.310.060,00	13.875.190,00																																								
Summe	51.756.535,00	69.108.125,00	120.864.660,00																																								

Titel	Honorar Apotheken Impfstoffabgabe (DB 24.02.03.00)																																								
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																																								
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 747 Abs. 2a ASVG hat die Österreichische Gesundheitskasse den öffentlichen Apotheken für das Aushändigen von Vials (Impffläschchen) ein Honorar in Höhe von 5 € pro Stück zu bezahlen. Gesetzliche Grundlage: § 747 2a ASVG																																								
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes wurden die Honorare für die Abgabe von 627.198 Vials erstattet.																																								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="536 898 1334 1178"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>1.487.700,00</td> <td>302.420,00</td> <td>1.790.120,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>1.487.700,00</td> <td>302.420,00</td> <td>1.790.120,00</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="536 1368 1334 1648"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>1.345.870,00</td> <td>1.790.120,00</td> <td>3.135.990,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>1.345.870,00</td> <td>1.790.120,00</td> <td>3.135.990,00</td> </tr> </tbody> </table> <p>Aufgrund von Nachverrechnungen, die erst nach Meldung der Statistikdaten durchgeführt wurden, kann es zu geringfügigen Abweichungen zwischen der angegebenen Stückzahl und dem Auszahlungsbetrag kommen.</p>		Vormonate	Dezember 2022	gesamt	ÖGK	1.487.700,00	302.420,00	1.790.120,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	0,00	0,00	0,00	Summe	1.487.700,00	302.420,00	1.790.120,00		2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	1.345.870,00	1.790.120,00	3.135.990,00	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	0,00	0,00	0,00	Summe	1.345.870,00	1.790.120,00	3.135.990,00
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																						
ÖGK	1.487.700,00	302.420,00	1.790.120,00																																						
BVAEB	0,00	0,00	0,00																																						
SVS	0,00	0,00	0,00																																						
Summe	1.487.700,00	302.420,00	1.790.120,00																																						
	2020 und 2021	2022	gesamt																																						
ÖGK	1.345.870,00	1.790.120,00	3.135.990,00																																						
BVAEB	0,00	0,00	0,00																																						
SVS	0,00	0,00	0,00																																						
Summe	1.345.870,00	1.790.120,00	3.135.990,00																																						

Titel	Honorar Ausdruck Impfpass/Impfzertifikat (DB 24.02.03.00)																																										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																																										
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß §§ 747 (2b) ASVG, 384 (2a) GSVG, 378 (2a) BSVG und 263 (2a) B-KUVG ist vorgesehen, dass die zuständigen Krankenversicherungsträger (ÖGK, SVS, BVAEB,) den im niedergelassenen Bereich tätigen Ärztinnen und Ärzten, den Gruppenpraxen, den Primärversorgungseinheiten, den selbständigen Ambulatorien (Leistungserbringer:innen) und den öffentlichen Apotheken unter bestimmten Voraussetzungen für Ausdrücke aus dem Elektronischen Impfpass bzw. Ausstellungen eines Impfzertifikats nach § 4e Abs. 4 Epidemiegesetz 1950 ein Honorar von 3 € bezahlen.																																										
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes erstattete Ausdrücke aus dem e-Impfpass/Impfzertifikate: <table border="1" data-bbox="536 853 1174 1137"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022</td> <td>4.089.417</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2021</td> <td>61.695</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022</td> <td>487.400</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>4.638.512</td> </tr> </tbody> </table>			Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022	4.089.417	SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2021	61.695	BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022	487.400	Gesamt		4.638.512																									
Träger	Zeitraum	Fallzahl																																									
ÖGK	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022	4.089.417																																									
SVS	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2021	61.695																																									
BVAEB	2.Qu. 2021 – 2.Qu. 2022	487.400																																									
Gesamt		4.638.512																																									
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1" data-bbox="536 1238 1334 1518"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>7.567.821,00</td> <td>3.464.403,00</td> <td>11.032.224,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>1.462.278,00</td> <td>0,00</td> <td>1.462.278,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>9.030.099,00</td> <td>3.464.403,00</td> <td>12.494.502,00</td> </tr> </tbody> </table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt: <table border="1" data-bbox="536 1671 1334 1944"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>1.240.422,00</td> <td>11.032.224,00</td> <td>12.272.646,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>1.462.278,00</td> <td>1.462.278,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>185.085,00</td> <td>0,00</td> <td>185.085,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>1.425.507,00</td> <td>12.494.502,00</td> <td>13.920.009,00</td> </tr> </tbody> </table>				Vormonate	Dezember 2022	gesamt	ÖGK	7.567.821,00	3.464.403,00	11.032.224,00	BVAEB	1.462.278,00	0,00	1.462.278,00	SVS	0,00	0,00	0,00	Summe	9.030.099,00	3.464.403,00	12.494.502,00		2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	1.240.422,00	11.032.224,00	12.272.646,00	BVAEB	0,00	1.462.278,00	1.462.278,00	SVS	185.085,00	0,00	185.085,00	Summe	1.425.507,00	12.494.502,00	13.920.009,00
	Vormonate	Dezember 2022	gesamt																																								
ÖGK	7.567.821,00	3.464.403,00	11.032.224,00																																								
BVAEB	1.462.278,00	0,00	1.462.278,00																																								
SVS	0,00	0,00	0,00																																								
Summe	9.030.099,00	3.464.403,00	12.494.502,00																																								
	2020 und 2021	2022	gesamt																																								
ÖGK	1.240.422,00	11.032.224,00	12.272.646,00																																								
BVAEB	0,00	1.462.278,00	1.462.278,00																																								
SVS	185.085,00	0,00	185.085,00																																								
Summe	1.425.507,00	12.494.502,00	13.920.009,00																																								

Titel	Beschaffung von Schutzausrüstung gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)
Beschreibung der Maßnahmen	Gem. § 741 ASVG ist die ÖGK für die Dauer der COVID-19-Pandemie verpflichtet, für die Leistungserbringung diverser Berufsgruppen im Gesundheits- und Pflegebereich die zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung notwendigen Produkte zu beschaffen und diese den jeweiligen gesetzlichen bzw. beruflichen Interessenvertretungen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen. Der Bund hat der Österreichischen Gesundheitskasse die ausgewiesenen tatsächlichen Kosten für die beschafften Produkte sowie die Kosten für die notwendige Logistik und Lagerhaltung aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 741 ASVG
Materielle Auswirkungen	Von der ÖGK wurde im November und Dezember 2020 Schutzausrüstung im Wert von 4,1 Mio. € beschafft, darunter <ul style="list-style-type: none"> • 4,6 Mio. Atemschutzmasken, • 2,5 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,08 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 17,3 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 0,3 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,008 Mio. Hygiene-Schutzsets. Von Jänner bis Dezember 2021 wurde beschafft: <ul style="list-style-type: none"> • 25,9 Mio. Atemschutzmasken, • 26,8 Mio. Schürzen, Schutzmäntel und Schutzoveralls, • 0,4 Mio. Stück Gesamtgesichtsschutz bzw. Schutzbrillen, • 9,0 Mio. Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 187 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 1,0 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) und • 0,4 Mio. Hygiene-Schutzsets.

Materielle Auswirkungen	<p>Von Jänner bis Sepember 2022 wurde beschafft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 4,8 Mio. Atemschutzmasken, • 12.000 Stück OP-Ausrüstung (OP-Handschuhe, OP-Überschuhe, OP-Schutzmasken und OP-Hauben), • 44 Mio. Untersuchungshandschuhe, • 0,1 Mio. Einheiten Desinfektionsmittel unterschiedlichster Anwendungsbereiche (Flächen, Instrumente, Hände) 																					
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt:</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td style="text-align: right;">4.942.004,27</td> <td style="text-align: right;">706.212,92</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2" style="text-align: right;">5.648.217,19</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td style="text-align: right;">53.816.418,93</td> <td style="text-align: right;">5.648.217,19</td> <td style="text-align: right;">59.464.636,12</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td style="text-align: right;">53.816.418,93</td> <td style="text-align: right;">5.648.217,19</td> <td style="text-align: right;">59.464.636,12</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	ÖGK	4.942.004,27	706.212,92	Gesamt	5.648.217,19			2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	53.816.418,93	5.648.217,19	59.464.636,12	Summe	53.816.418,93	5.648.217,19	59.464.636,12
	Vormonate	Dezember 2022																				
ÖGK	4.942.004,27	706.212,92																				
Gesamt	5.648.217,19																					
	2020 und 2021	2022	gesamt																			
ÖGK	53.816.418,93	5.648.217,19	59.464.636,12																			
Summe	53.816.418,93	5.648.217,19	59.464.636,12																			

Titel	Ersatz Honorarausfall im niedergelassenen Bereich gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)												
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)												
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 746 Abs. 6 ASVG und Parallelgesetzen erhalten Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten, die im ersten, zweiten und vierten Quartal 2020 Leistungen erbracht und die vertraglich vereinbarten Ordinationstage weitgehend eingehalten haben, eine allfällige Differenz zwischen den im jeweiligen Quartal 2020 tatsächlich gebührenden Honoraren und 80% der Honorare des Vergleichszeitraumes des Vorjahres abzüglich allenfalls COVID-19-bedingten Zuschüsse, Entschädigungen und Beihilfen ausgezahlt. Falls im Vorjahr (2019) noch kein Vertragsverhältnis bestanden hat (§ 746 Abs.7 ASVG), bemisst sich die Höhe der Ausgleichszahlung am Durchschnittshonorar des entsprechenden Fachgebietes im gleichen Bundesland im jeweiligen Vergleichszeitraum des Jahres 2019. Der ausgezahlte Differenzbetrag ist der Österreichischen Gesundheitskasse vom Bund aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 746 Abs. 6+7 ASVG												
Materielle Auswirkungen	Für das erste Quartal 2021 wurde an 391 Vertragsärzte, Vertragsgruppenpraxen bzw. Primärversorgungseinheiten Honorarersatz geleistet, für das zweite Quartal an 1.039 und für das vierte Quartal an 308.												
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt: <table border="1" data-bbox="580 1503 1378 1671"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>16.472.116,18</td> <td>-464.340,67</td> <td>16.007.775,51</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>16.472.116,18</td> <td>-464.340,67</td> <td>16.007.775,51</td> </tr> </tbody> </table> Im Jahr 2022 gab es eine Refundierung von 464.340,65 €.		2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	16.472.116,18	-464.340,67	16.007.775,51	Summe	16.472.116,18	-464.340,67	16.007.775,51
	2020 und 2021	2022	gesamt										
ÖGK	16.472.116,18	-464.340,67	16.007.775,51										
Summe	16.472.116,18	-464.340,67	16.007.775,51										

Titel	Information Risikogruppe (DB 24.02.03.00)												
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)												
Beschreibung der Maßnahmen	Der Dachverband hat die krankenversicherten Personen und deren anspruchsberechtigte Angehörige, welche am 1. März 2021 der COVID-19-Risikogruppe nach der COVID-19-Risikogruppe-Verordnung, BGBl. II Nr. 203/2020, zugeordnet waren, und bis 1. April 2021 noch keine Impfung gegen SARS-CoV-2 erhalten haben, über ihr erhöhtes Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken, und die Möglichkeiten zur Inanspruchnahme der kostenlosen Impfung gegen SARS-CoV-2 zu informieren. Der Bund hat dem Dachverband die daraus resultierenden Aufwendungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds zu ersetzen. Gesetzliche Grundlage: § 750 ASVG												
Materielle Auswirkungen	Im Zeitraum von 7. bis 14. April 2021 wurden 164.596 Informationsschreiben versandt. Im Zeitraum von 6. bis 10. Dezember 2021 wurden 954.460 Informationsschreiben versandt.												
Finanzielle Auswirkungen	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt: <table border="1" data-bbox="536 1234 1331 1402"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Dachverband SV</td> <td>198.544,33</td> <td>1.092.242,22</td> <td>1.290.786,55</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>198.544,33</td> <td>1.092.242,22</td> <td>1.290.786,55</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	gesamt	Dachverband SV	198.544,33	1.092.242,22	1.290.786,55	Summe	198.544,33	1.092.242,22	1.290.786,55
	2020 und 2021	2022	gesamt										
Dachverband SV	198.544,33	1.092.242,22	1.290.786,55										
Summe	198.544,33	1.092.242,22	1.290.786,55										

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)																				
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)																				
Beschreibung der Maßnahmen	<p>§ 736 Abs. 3 u. 4 ASVG, § 378 Abs. 1 und 2 GSVG, § 372 Abs. 1 BSVG sowie § 259 Abs. 1 und 2 B-KUVG ermöglichen den Weiterbezug von Leistungen der Kranken- und Pensionsversicherung, wenn Anträge auf Leistungen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit mangels Begutachtung auf Grund bestehender Einschränkungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie seitens der Pensionsversicherungsträger bzw. ein entsprechendes Verfahren vor den Arbeits- und Sozialgerichten derzeit nicht entschieden werden können. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden (mit Ausnahme von § 372 Abs. 1 BSVG) aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Durch § 736 Abs. 5 u. 6 ASVG, § 378 Abs. 3 u. 4 GSVG, § 372 Abs. 2 u. 3 BSVG sowie § 259 Abs. 3 und 4 B-KUVG kommt es zu einer Verlängerung der sechswöchigen Schutzfrist in der Krankenversicherung nach § 122 ASVG bzw. nach den Parallelbestimmungen in den Sondergesetzen, sodass es aufgrund der COVID-19-Pandemie nicht zu einem Verlust des Anspruches auf Leistungen der Kranken- und Zahnbehandlung kommt.</p> <p>Die den Krankenversicherungsträgern dadurch entstehenden Mehraufwendungen werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: § 736 ASVG, § 378 GSVG, § 372 BSVG, § 259 B-KUVG, BGBl. I Nr. 31/2019 (9. COVID-19-Gesetz)</p>																				
Materielle Auswirkungen	<p>2020: Weitergewährung Krankengeld durch die ÖGK in 8 Fällen, Weitergewährung Krankengeld durch die SVS in 15 Fällen.</p> <p>2021: Leistungsverlängerung im Bereich der ÖGK in 15 Fällen.</p>																				
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="533 1711 1331 1991"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>16.460,42</td> <td>0,00</td> <td>16.460,42</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> <td>0,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>42.133,95</td> <td>0,00</td> <td>42.133,95</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>58.594,37</td> <td>0,00</td> <td>58.594,37</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	gesamt	ÖGK	16.460,42	0,00	16.460,42	BVAEB	0,00	0,00	0,00	SVS	42.133,95	0,00	42.133,95	Summe	58.594,37	0,00	58.594,37
	2020 und 2021	2022	gesamt																		
ÖGK	16.460,42	0,00	16.460,42																		
BVAEB	0,00	0,00	0,00																		
SVS	42.133,95	0,00	42.133,95																		
Summe	58.594,37	0,00	58.594,37																		

Titel	Zahlungen an die Sozialversicherungsträger gem. ASVG und Parallelgesetze (DB 24.02.03.00)															
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	950.000.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für die Zahlungen an die Sozialversicherungsträger)															
Beschreibung der Maßnahmen	Gemäß § 764 (1) und (2) ASVG, §396 (1) GSVG, § 390 (1) BSVG und §275 (1) B-KUVG haben die Krankenversicherungsträger für die Übermittlung einer Bestätigung über das Vorliegen des Ausnahmegrundes „Schwangerschaft“ von der COVID-19-Impfpflicht (§ 3 Abs. 1 Z 1 in Verbindung mit Abs. 4 des COVID-19-Impfpflichtgesetzes [COVID-19-IG], BGBl. I Nr. 4/2022) den Fachärztinnen und Fachärzten für Frauenheilkunde und Geburtshilfe ein pauschales Honorar in Höhe von zwölf € zu bezahlen. Die daraus entstehenden Aufwendungen der Träger werden aus dem Covid-19-Krisenbewältigungsfonds ersetzt. Gesetzliche Grundlage: §§ 764 (1) und (2) ASVG, 396 (1) GSVG, 390 (1) BSVG und 275 (1) B-KUVG (BGBl. I Nr. 30/2022)															
Materielle Auswirkungen	Von Fachärztinnen und -ärzten erteilte und bis zum Monatsende des Berichtszeitraums vom BMSGPK erstattete Ausnahmebestätigungen von der Impfpflicht für Schwangere: <table border="1" data-bbox="533 1066 1189 1350"> <thead> <tr> <th>Träger</th> <th>Zeitraum</th> <th>Fallzahl</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>1.Qu.2022</td> <td>189</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>1.Qu.2022 – 2.Qu.2022</td> <td>6</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>1.Qu.2022 – 2.Qu.2022</td> <td>20</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td></td> <td>215</td> </tr> </tbody> </table>	Träger	Zeitraum	Fallzahl	ÖGK	1.Qu.2022	189	SVS	1.Qu.2022 – 2.Qu.2022	6	BVAEB	1.Qu.2022 – 2.Qu.2022	20	Gesamt		215
Träger	Zeitraum	Fallzahl														
ÖGK	1.Qu.2022	189														
SVS	1.Qu.2022 – 2.Qu.2022	6														
BVAEB	1.Qu.2022 – 2.Qu.2022	20														
Gesamt		215														
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1" data-bbox="533 1487 1147 1767"> <thead> <tr> <th></th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>ÖGK</td> <td>2.268,00</td> <td>2.268,00</td> </tr> <tr> <td>BVAEB</td> <td>240,00</td> <td>240,00</td> </tr> <tr> <td>SVS</td> <td>132,00</td> <td>132,00</td> </tr> <tr> <td>Summe</td> <td>2.640,00</td> <td>2.640,00</td> </tr> </tbody> </table>		2022	gesamt	ÖGK	2.268,00	2.268,00	BVAEB	240,00	240,00	SVS	132,00	132,00	Summe	2.640,00	2.640,00
	2022	gesamt														
ÖGK	2.268,00	2.268,00														
BVAEB	240,00	240,00														
SVS	132,00	132,00														
Summe	2.640,00	2.640,00														

Titel	Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen (DB 24.03.01.00)
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	<p>641.300.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022</p> <p>(gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)</p>
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Österreich beteiligt sich am „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ um COVID-19-Impfstoffe von verschiedenen Herstellern zu beschaffen.</p> <p>Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020 MRV 47/27 vom 9. Februar 2021 MRV 58/16 vom 5. Mai 2021 MRV 8/21 vom 2. März 2022</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020 sowie Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz genehmigt wird sowie Änderung des Bundesgesetzes, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 141/2021</p>
Materielle Auswirkungen	<p>Das COVID-19-Impfstoffportfolio besteht aus Impfstoffen von sieben verschiedenen Herstellern, wobei die Verträge sich in Stadien von bereits laufenden Auslieferungen bis zu Vorverträgen befinden, die an die erfolgreiche Zulassung des Impfstoffes geknüpft sind.</p> <p>Bisher wurden rund 55,4 Mio. Impfstoffdosen nach Österreich geliefert. Im Jahr 2022 sind Lieferungen von insgesamt rund 28 Mio. Dosen erfolgt.</p> <p>Derzeit wird auch auf der EU-Ebene an einer weiteren Erstreckung der Lieferintervalle bis in das Jahr 2024 mit den Impfstoffherstellern verhandelt.</p> <p>Details können dem Punkt 2.2 Impfen entnommen werden.</p>

Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts- Zeitraumes getätigt:		
		Vormonate	Dezember 2022
	Summe	465.637.369,59	31.465.929,60
	Gesamt	497.102.662,19	
	Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:		
	2020 und 2021	2022	gesamt
Summe	318.604.113,21	497.102.662,19	815.706.775,40

Titel	Zahlung an den ESI-Fonds für COVID-19 Impfstoffe (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>COVID-19-Impfstoffe werden im Rahmen des „Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement“ beschafft. Bei dieser Zahlung handelt es sich um eine Zuzahlung seitens der Mitgliedsländer an den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) über welchen die gemeinsamen COVID-19-Impfstoffbeschaffungen gestartet wurden. Im Jahr 2020 wurde der ESI-Fonds um 750 Mio. € aufgestockt, wobei Österreichs Anteil bei 2,9 Prozent oder 21.757.912,00 € liegt.</p> <p>Grundlage: MRV 27/44 vom 29. Juli 2020 MRV 30/17 vom 15. September 2020</p>										
Materielle Auswirkungen	Österreich leistete seinen Beitrag zur Aufstockung des ESI Fonds gemäß den Vorgaben der Europäischen Kommission. Die Aufstockung wurde nötig um einen siebenten (ursprünglich sechs) Impfstoffhersteller in das Impfstoffportfolio des Joint EU Approach to COVID-19 vaccines procurement aufzunehmen und die entsprechenden Anzahlungen seitens der EU zu tätigen.										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="560 1238 1316 1350"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>21.757.912,00</td> <td>0,00</td> <td>21.757.912,00</td> </tr> </tbody> </table>				2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	21.757.912,00	0,00	21.757.912,00
	2020 und 2021	2022	gesamt								
Summe	21.757.912,00	0,00	21.757.912,00								

Titel	Impfstofflogistik (DB 24.03.01.00)																	
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	641.300.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbestock)																	
Beschreibung der Maßnahmen	Übernahme, Lagerung und Verteilung von COVID-19 Impfstoffen. Die Beauftragung erfolgte an den österreichischen Pharmagroßhandel. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020																	
Materielle Auswirkungen	Eine erste Beauftragung über die Impfstofflogistik von 6,1 Mio. Dosen wurde über 8,5 Mio. € erteilt. Eine Folgebeauftragung über 23,75 Mio. € im Wege der BBG wurde im Dezember 2021 durchgeführt. Ab dem 01.01.2023 steht eine weitere Folgebeauftragung mit einer Laufzeit bis 31. Mai 2025 und einem Höchstvolumen von 70 Mio. Dosen und maximal Kosten iHv. € 36,2 Mio in Kraft. Es besteht keine Verpflichtung zum tatsächlichen Abruf.																	
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichts-Zeitraumes getätigt: <table border="1" data-bbox="544 1290 1315 1458"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>9.338.648,49</td> <td>1.668.600,10</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">11.007.248,59</td> </tr> </tbody> </table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt: <table border="1" data-bbox="544 1653 1342 1765"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>15.708.119,83</td> <td>11.007.248,59</td> <td>26.715.368,42</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	Summe	9.338.648,49	1.668.600,10	Gesamt	11.007.248,59			2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	15.708.119,83	11.007.248,59	26.715.368,42
	Vormonate	Dezember 2022																
Summe	9.338.648,49	1.668.600,10																
Gesamt	11.007.248,59																	
	2020 und 2021	2022	gesamt															
Summe	15.708.119,83	11.007.248,59	26.715.368,42															

Titel	Impfzubehör (DB 24.03.01.00)																	
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	641.300.000,00 € inkl. BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022 (gesamthaft veranschlagt für Impfstoffe, Impfstofflogistik und Impfbesteck)																	
Beschreibung der Maßnahmen	Um die beschafften COVID-19-Impfstoffe verimpfen zu können, werden Spritzen und Nadeln beschafft. Zur Rekonstituierung von Impfstoffen wird Kochsalzlösung (NaCl) beschafft. Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020																	
Materielle Auswirkungen	Bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes wurden im Jahr 2022 Zahlungen für folgendes Impfbestellmaterial geleistet: <table border="1" data-bbox="560 987 1098 1249"> <tr> <td>1ml Spritzen</td> <td>20.480.800 Stk.</td> </tr> <tr> <td>3ml Spritzen</td> <td>500.000 Stk.</td> </tr> <tr> <td>NaCl 5ml Ampullen</td> <td>64.000 Stk.</td> </tr> <tr> <td>NaCl 10ml Ampullen</td> <td>1.256.000 Stk.</td> </tr> <tr> <td>Kanülen</td> <td>6.950.500 Stk.</td> </tr> </table>	1ml Spritzen	20.480.800 Stk.	3ml Spritzen	500.000 Stk.	NaCl 5ml Ampullen	64.000 Stk.	NaCl 10ml Ampullen	1.256.000 Stk.	Kanülen	6.950.500 Stk.							
1ml Spritzen	20.480.800 Stk.																	
3ml Spritzen	500.000 Stk.																	
NaCl 5ml Ampullen	64.000 Stk.																	
NaCl 10ml Ampullen	1.256.000 Stk.																	
Kanülen	6.950.500 Stk.																	
Finanzielle Auswirkungen	Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt: <table border="1" data-bbox="560 1469 1337 1637"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>3.669.02,52</td> <td>0</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">3.669.024,52</td> </tr> </tbody> </table> Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt: <table border="1" data-bbox="560 1823 1362 1939"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>7.972.879,37</td> <td>3.669.024,52</td> <td>11.641.878,89</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	Summe	3.669.02,52	0	Gesamt	3.669.024,52			2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	7.972.879,37	3.669.024,52	11.641.878,89
	Vormonate	Dezember 2022																
Summe	3.669.02,52	0																
Gesamt	3.669.024,52																	
	2020 und 2021	2022	gesamt															
Summe	7.972.879,37	3.669.024,52	11.641.878,89															

Titel	Informationsschreiben 3. und 4. Impfung (DB 24.03.01.00)																			
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	Die Bedeckung erfolgte vorerst durch Mittel für die Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen und wird künftig im Einvernehmen mit dem BMF durch den COVID-19 Krisenfonds bedeckt.																			
Beschreibung der Maßnahmen	<p>In der aktuellen Covid-19-Anwendungsempfehlung empfiehlt das Nationale Impfgremium (NIG) Personen, die ihre Erstimmunisierung abgeschlossen haben, die Verabreichung einer 3. Dosis (bzw. 2. Dosis bei Janssen) und 4.Dosis.</p> <p>Um die Bevölkerung für die weitere Dosis zu sensibilisieren bzw. die Bereitschaft für die weitere Dosis zu erhöhen, wurde im November 2021 an alle Personen, die bereits eine Grundimmunisierung erhalten haben, ein personalisiertes Erinnerungsschreiben für die 3. Dosis (bzw. 2. Dosis bei Janssen) und 4. Dosis auf dem Postweg versendet.</p>																			
Materielle Auswirkungen	Für den Versand der Erinnerungsschreiben wurde die Post AG beauftragt. Insgesamt wurden 5,058 Mio. Versendungen vorgenommen.																			
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="533 1173 1241 1341"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>998.896,34</td> <td>1.691.443,07</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">2.690.339.41</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="533 1532 1331 1644"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>1.363.402,59</td> <td>2.690.339,41</td> <td>4.053.742,00</td> </tr> </tbody> </table>				Vormonate	Dezember 2022	Summe	998.896,34	1.691.443,07	Gesamt	2.690.339.41			2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	1.363.402,59	2.690.339,41	4.053.742,00
	Vormonate	Dezember 2022																		
Summe	998.896,34	1.691.443,07																		
Gesamt	2.690.339.41																			
	2020 und 2021	2022	gesamt																	
Summe	1.363.402,59	2.690.339,41	4.053.742,00																	

Titel	Beschaffung von COVID-19-Arzneimitteln (DB 24.03.01.00)																			
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	459.000.000,00 € Nachtragsdotierung für COVID-19-Arzneimittel gemäß BFG-Novelle, BGBl. I Nr. 66/2022																			
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Um den höchstmöglichen Schutz erkrankter Personen zur Verhinderung von schweren Krankheitsverläufen zu gewährleisten, ist die Beschaffung von Arzneimitteln gegen Covid-19 als Prophylaxe oder Therapie erforderlich, um dem österreichischen Gesundheitssystem für ausreichend COVID-19-Medikation zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020</p>																			
Materielle Auswirkungen	<p>Die Beschaffung von folgenden Medikamenten ist vorgesehen bzw. wurde bereits eingeleitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 210.240 Dosen Lagevrio (MSD) • 180.000 Dosen Paxlovid (Pfizer) • 60.000 Dosen Regkirona (Celltrion) • 28.585 Dosen Xevudy (GSK) • 8.640 Dosen Evusheld (Astra Zeneca) • 25 Dosen Ronapreve (Roche) <p>Gegenüber dem Vorbericht 06/2022 ergibt sich bei Paxlovid eine Änderung von 90.000 Stück, da die optionale Beschaffung nicht erfolgt ist.</p>																			
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Zahlungen wurden 2022 bis zum Monatsende des Berichtszeitraumes getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1503 1251 1671"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>235.890.529,05</td> <td>15.070.582,45</td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">250.961.111,50</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="544 1861 1358 1973"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>0,00</td> <td>250.961.111,50</td> <td>250.961.111,50</td> </tr> </tbody> </table>				Vormonate	Dezember 2022	Summe	235.890.529,05	15.070.582,45	Gesamt	250.961.111,50			2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	0,00	250.961.111,50	250.961.111,50
	Vormonate	Dezember 2022																		
Summe	235.890.529,05	15.070.582,45																		
Gesamt	250.961.111,50																			
	2020 und 2021	2022	gesamt																	
Summe	0,00	250.961.111,50	250.961.111,50																	

Titel	Beschaffung des Arzneimittels Remdesivir (DB 24.03.01.00)								
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022								
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß MRV 33/17 wurde vereinbart, dass das zum damaligen Zeitpunkt einzige in der EU zugelassene Arzneimittel zur Behandlung von COVID-19, Veklury (Wirkstoff Remdesivir) im Rahmen des Joint EU Procurement Remdesivir, beschafft wird.</p> <p>Grundlage: MRV 30/16 vom 15. September 2020 MRV 33/17 vom 7. Oktober 2020</p>								
Materielle Auswirkungen	<p>Mit dem Hersteller Gilead Sciences GesmbH wurde eine Liefermenge von 39.000 Vials vereinbart wovon im Jahr 2020 38.970 Vials geliefert und bezahlt wurden.</p> <p>Die vom Bund angekauften Vials wurden den Ländern im Wege der COVID-Apotheken in den Ländern zur Verfügung gestellt. Die Rechtsgrundlage für die kostenfreie Abgabe durch das BMSGPK findet sich im Ermächtigungsgesetz zur unentgeltlichen Abgabe, BGBl. I Nr. 135/2020.</p>								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="533 1205 1337 1317"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>14.789.115,00</td> <td>0,00</td> <td>14.789.115,00</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	14.789.115,00	0,00	14.789.115,00
	2020 und 2021	2022	gesamt						
Summe	14.789.115,00	0,00	14.789.115,00						

Titel	Beschaffung Influenzaimpfstoffe (DB 24.03.01.00)										
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022										
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Gemäß Ministerratsbeschluss 10/25 wurde die Influenza Impfung für Kinder vom vollendeten 6. Lebensmonat bis zum vollendeten 15. Lebensjahr in das kostenfreie Kinderimpfprogramm aufgenommen.</p> <p>Gemäß MRV 36/26 wurde seitens des BMSGPK eine bestimmte Menge eines Hochdosisimpfstoffs, der speziell für Personen >65 Jahren zugelassen ist, beschafft. Dieser Impfstoff wurde im Rahmen einer Impfkation in erster Linie in Alten- und Pflegeheimen und bei einzelnen Impfkationen zum Einsatz gebracht.</p> <p>Grundlage: Influenzaimpfung Kinderimpfkonzert: MRV 25/10 vom 25. Juni 2020 Influenzaimpfung Personen 65+: MRV 26/36 vom 7. Juli 2020</p>										
Materielle Auswirkungen	<p>Für die Saison 2020/21 wurden über die Bundesbeschaffung GmbH BBG 300.000 Dosen Fluenz tetra (nasaler Lebendimpfstoff für Kinder vom vollendeten 24. Lebensmonat bis vollendeten 15. Lebensjahr) sowie 50.000 Dosen Vaxigrip tetra („Stichimpfung“ für Kinder vom vollendeten 6. bis vollendeten 24. Lebensmonat) verbindlich beschafft. Für die Saison 2021/22 ist über die BBG die Beschaffung der Menge an nasalem Lebendimpfstoff zur Influenza-Impfung von 20% aller Kinder ab 6 Monate bis 14 Jahre verbindlich erfolgt (239.000 Dosen), für diese Dosen besteht eine Abnahmeverpflichtung.</p> <p>Für Kinder von 6-24 Monaten wurde außerdem verbindlich die Beschaffung von 50.000 Dosen einer inaktivierten Vakzine zugelassen ab 6 Monaten beauftragt.</p> <p>Für Personen der Altersgruppe 65+ wurden 100.000 Dosen Influenza-Impfstoff <i>Eflueda</i> bestellt.</p>										
Finanzielle Auswirkungen	<p>Es wurden insgesamt 11.398.995,66 € für die Beschaffung von Influenzaimpfstoffen zur Verfügung gestellt. Wovon 3.300.000,00 € auf die Impfstoffe für Personen 65 +, 4.588.781,4 € auf die Influenza Impfstoffe im kostenfreien Kinderimpfkonzert Saison 2020/21 und 3.510.214,26 € auf jene der Saison 2021/22 entfallen.</p> <p>Ab dem Jahr 2021 werden in diesem Zusammenhang keine Zahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds geleistet. Die Beschaffung der erforderlichen Influenzaimpfstoffe wurde im Rahmen des regulären Budgets des BMSGPK bedeckt.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="533 1787 1337 1899"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>11.398.995,66</td> <td>0,00</td> <td>11.398.995,66</td> </tr> </tbody> </table>				2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	11.398.995,66	0,00	11.398.995,66
	2020 und 2021	2022	gesamt								
Summe	11.398.995,66	0,00	11.398.995,66								

Titel	Beschaffung und Versand FFP2 Masken (DB 24.03.01.00)								
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022								
Beschreibung der Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Gemäß Ministerratsvortrag 39/12 vom 24.11.2020 beschloss die Bundesregierung Personen der Altersgruppe 65+, kostenlos FFP2 Masken per Post zu senden. • Ab dem 17.12.2020 wurde das Tragen von FFP2 Masken in Alten- und Pflegeheimen seitens des Bundes angeordnet. Den Ländern wurden daraufhin zur Verteilung an die Alten- und Pflegeheime FFP2 Masken zur Verfügung gestellt. • Weiters wurden FFP2 Masken zur entgeltfreien Verteilung in Sozialmärkten an Bedürftige beschafft. • Außerdem wurden in einem Sonderkontingent FFP2 Masken zur Verteilung an Sozialeinrichtungen und Teststraßen durch die Bundesländer beschafft. <p>Grundlage: Ministerratsvortrag 39/12 vom 24. November 2020 Gesetzliche Grundlage: Bundesgesetz, mit dem zur Abdeckung des Bedarfes zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie Ermächtigungen zur Verfügung über Bundesvermögen erteilt werden, BGBl. I Nr. 135/2020</p>								
Materielle Auswirkungen	<p>Gemäß Ministerratsbeschluss wurden 10 Stück FFP2 Masken pro Person in der Altersklasse 65+ beschafft und die Versendung durch die österreichische Post AG beauftragt.</p> <p>Für Alten und Pflegeheime wurden 10 Mio. Stück FFP2 Masken beschafft und den Ländern zur Verteilung an die Alten und Pflegeheime zur Verfügung gestellt.</p> <p>Für 66 Sozialmärkte wurden 132.000 Stück, pro Markt 2.000 Stück FFP2 Masken bestellt und direkt an die Sozialmärkte geliefert.</p> <p>Für das Sonderkontingent zur Verteilung durch die Bundesländer wurden 15 Mio. Stück FFP2 Masken bestellt.</p>								
Finanzielle Auswirkungen	<p>Die Bedeckung wurde im Rahmen der Novelle des Bundesfinanzgesetzes 2021 (BGBl. I Nr. 89/2021) sichergestellt.</p> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="561 1854 1362 1966"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>23.097.657,90</td> <td>0,00</td> <td>23.097.657,90</td> </tr> </tbody> </table>		2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	23.097.657,90	0,00	23.097.657,90
	2020 und 2021	2022	gesamt						
Summe	23.097.657,90	0,00	23.097.657,90						

Titel	Förderung der Stopp-Corona-App (DB 24.03.01.00)																	
Im BFG 2022 veranschlagte Mittel aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds	keine Veranschlagung 2022																	
Beschreibung der Maßnahmen	<p>Mit der Stopp Corona App stellt das Österreichische Rote Kreuz die offizielle österreichische Contact Tracing App zur Eindämmung von Neuinfektionen mit COVID-19 in den Sprachen Deutsch und Englisch zur Verfügung. Sie ist über die App-Stores von Google und Apple kostenlos via Download erhältlich.</p> <p>Die Stopp Corona App soll einen wesentlichen Beitrag zur raschen Unterbrechung von Infektionsketten leisten und zielt zur Verwirklichung dieser Aufgabe konkret auf die automationsunterstützte Erfassung von sogenannten Infektionsgefährdenden- bzw. Intensivkontakten ab. Die App dient der Verhinderung der weiteren Verbreitung des COVID-19 Virus in der Bevölkerung und der Unterstützung des klassischen Kontaktpersonenmanagements. Begegnungen werden mittels digitalen Handshakes aufgezeichnet. Meldet sich eine der Person mit einer bestätigten COVID-19 Infektion bzw. aufgrund der Ergebnisse eines klinischen Fragebogens in der App als krank, werden alle in den letzten beiden Tagen als kontaktiert gespeicherten Personen über diesen Umstand informiert und entsprechende Maßnahmen vorgeschlagen. Durch die nachfolgende Selbstisolation können Infektionsketten unterbrochen werden und eine wesentliche Unterstützung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Gesundheit durch Eindämmung der COVID-19 Pandemie geleistet werden. Durch die Verwendung der App sollen die Nutzer:innen zudem fundiert über COVID-19 informiert und bei Bedarf entsprechende Handlungsempfehlungen erteilt werden.</p> <p>Grundlage: MRV 27/43 vom 29. Juli 2020</p>																	
Materielle Auswirkungen	Mit der Förderung wurde der weitere Betrieb der Stopp Corona App bis 28. Februar 2022 sichergestellt.																	
Finanzielle Auswirkungen	<p>Folgende Restzahlung wurde im Berichtszeitraum für die Förderung der Corona App getätigt und die Förderung somit abgeschlossen:</p> <table border="1" data-bbox="560 1559 1270 1727"> <thead> <tr> <th></th> <th>Vormonate</th> <th>Dezember 2022</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>21.737,28</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Gesamt</td> <td colspan="2">21.737,28</td> </tr> </tbody> </table> <p>Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im Jahr 2020 folgende Zahlungen getätigt:</p> <table border="1" data-bbox="560 1877 1358 1989"> <thead> <tr> <th></th> <th>2020 und 2021</th> <th>2022</th> <th>gesamt</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Summe</td> <td>1.974.853,20</td> <td>21.737,28</td> <td>1.996.590,48</td> </tr> </tbody> </table>		Vormonate	Dezember 2022	Summe	21.737,28		Gesamt	21.737,28			2020 und 2021	2022	gesamt	Summe	1.974.853,20	21.737,28	1.996.590,48
	Vormonate	Dezember 2022																
Summe	21.737,28																	
Gesamt	21.737,28																	
	2020 und 2021	2022	gesamt															
Summe	1.974.853,20	21.737,28	1.996.590,48															

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Stubenring 1, 1010 Wien

Telefon: +43 1 711 00 – 0

Fax: +43 1 7158258

E-Mail: post@sozialministerium.at

www.sozialministerium.at

